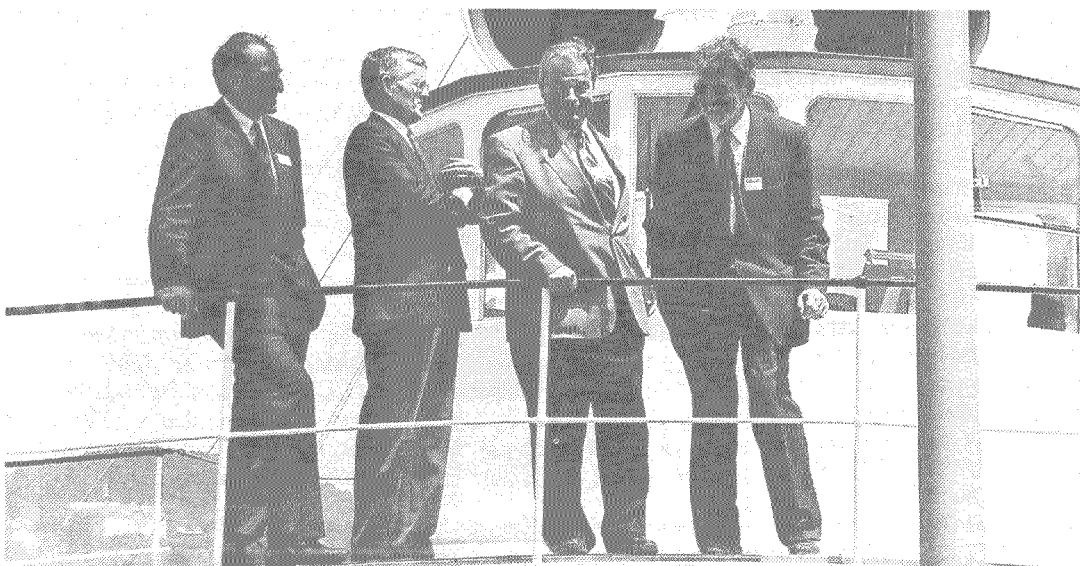


Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

Das Märchen vom «Päckli»



Ein glücklicher neuer Bundeskanzler, der Walliser François Couchepin (ganz rechts), am Tag seiner Wahl beim Ausflug der freisinnigen Fraktion aufs Rütli. Weiter auf dem Bild Fraktionspräsident Pascal Couchepin, ebenfalls aus dem Kanton Wallis, sowie die beiden Bundesräte Kaspar Villiger und Jean-Pascal Delamuraz (von links). (Photo ruti)

Der freisinnige Kandidat, François Couchepin, wurde am 12. Juni 1991 zum Bundeskanzler gewählt. Damit hat sich jener Anwärter durchgesetzt, der seit zehn Jahren als Vizekanzler tätig ist und den Ruf eines ruhigen Menschen und seriösen, speditiven Schaffers genießt. Diese Gründe waren es, die die freisinnige Fraktion veranlasst hatten, François Couchepin zu portieren. Mit Erfolg, wie das Wahlergebnis zeigt.

Generalsekretär Christian Kauter

Dem Bundeskanzler kommt in unserem Staat eine Schlüsselposition zu: Er leitet die zentrale Stabsstelle des Bundesrates. Solche Wahlen werden von kleinen Parteien gerne benützt, um eigene Kandidaten ins Rennen zu schicken. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass auch kleine Parteien über ausgewiesene Kandidaten verfügen, und wenn sie nicht gewählt werden, wird die Ge-

legenheit nicht ausgelassen, um das sogenannte Machtkartell an den Pranger zu stellen. Das ist weiter nicht erstaunlich. Erstaunlich ist es indessen, wenn die Partei des Wahlsiegers der Päcklipolitik bezichtigt wird. So wurde behauptet, die FDP hätte andere wichtige Posten wie z. B. den Direktor des Biga der SP feilgeboten.

Dass diese wilden Spekulationen haltlos sind, geht allein schon aus der spannenden Ausmarchung um den Kanzlerposten hervor. Nicht der Top-Favorit Casanova erreichte den Schlussgang gegen Couchepin, sondern der Aussenseiter Mühlemann, der von seiner eigenen Partei, der SVP, nicht einmal aufgestellt worden war.

Am 1. August wird François Couchepin sein neues Amt anreten. Wir freuen uns über seine Wahl und sind überzeugt, dass er seine verantwortungsvollen Aufgaben als Bundeskanzler kompetent und zielstrebig anpacken wird. □

Ausflug aufs Rütli



Über 800 freisinnige Mandatsträger aus der ganzen Schweiz folgten der Einladung der FDP-Fraktion der Bundesversammlung aufs Rütli. Im Zeichen von «700 Jahre Eidgenossenschaft» setzten die freisinnigen Politikerinnen und Politiker kantonalen und kommunalen Behörden damit ein eindruckliches Zeichen für ihre Verbundenheit mit der Schweiz. Mehr darüber ab Seite 5. (Photo ruti)

Inhalt

- Wohnen muss billiger werden. Wie, lesen Sie auf Seite 8
- Den Bericht über die Tagung der FDP-Frauen in Thun finden Sie auf Seite 9
- Grundsätzliche Gedanken zum Thema Freiheit auf Seite 10

Jelzin siegte, siegte auch Gorbatschew?

Boris Jelzin ist am 12. Juni 1991 vom russischen Volk mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten der grössten und ressourcenreichsten Republik der (Noch-)Sowjetunion gewählt worden. Gleichzeitig sprachen sich die Bürger von Leningrad mehrheitlich für die Umbenennung ihrer Stadt, in der 1917 die Oktoberrevolution ausbrach, in St. Petersburg aus.

◉ Jacques Baumgartner

Bei dieser Wahl hat das russische Volk zum erstenmal in seiner Geschichte seinen obersten Repräsentanten selbst gewählt. Es ist auch das erste Mal, dass die mächtigste Republik und Kernland der Sowjetunion eindeutig mit der kommunistischen Vergangenheit bricht. Jelzins überzeugender Sieg und der an der Urne kundgetane Wille der Stimmberechtigten von Leningrad, ihrer Stadt wieder den alten Namen St. Petersburg zu geben, sind ein Dolchstoss mitten in den Apparat der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU).

Die hundert Millionen wahl- und stimmberechtigten Russen haben ihrem Willen Ausdruck gegeben, den 1919 ins Leben gerufenen kommunistischen Staat wegzufegen und auf besseren Fundamenten etwas Besseres aufzubauen.

Der sowjetische Staats- und KPdSU-Chef, Michail Gorbatschew, wird sich umstellen müssen; und wahrscheinlich täte er gut daran, wie er selbst schon oftmals den Genossen gedroht hat, die KPdSU zu verlassen. Dann könnte Jelzins Sieg auch zu seinem Sieg werden.

Der Westen wird jetzt seine Beziehungen zur Sowjetunion, das heisst seine Fixierung auf die Person von Gorbatschew, überdenken müssen. Michail Gorbatschew dürfte die Sowjetunion nur noch in Kooperation mit Jelzin regieren können, und das wahrscheinlich nur auf Ab- ruf.

Die Vereinigten Staaten haben rasch reagiert und Jelzin gleich nach seiner Wahl nach Washington zu Präsident George Bush eingeladen. Die Westeuropäer hinken (wie gewohnt) etwas nach.

Von Jelzin erwarten die Wähler wahre (Wirtschafts-) Wunder, aber auch dass er jetzt die KPdSU gewissermassen zerschmettere. Beides sind keine leichten Unterfangen. Die KPdSU ist nach wie vor die einzige organisierte politische Kraft, wenn auch heute in Flügeln gespalten.

Hindernisse

Ende Mai weilte Prof. Dr. Stanislaw Schatalin in der Schweiz. Schatalin gilt als «Ökonom der Perestroika», beziehungsweise Gorbatschew hat sich von ihm getrennt. Was die Marktwirtschaft betrifft, wie Schatalin meint, ist eine der grössten Hindernisse in der Sowjetunion die Inkompetenz und die Unprofessionalität der massgebenden Fachleute, weil es weder sowjetische Schulen der Marktwirtschaft noch marktwirtschaftliche Erfahrung gibt. Das grösste Problem zur-

zeit sei die Ausbildung von Wirtschaftsfachleuten. Der Sowjetunion könne nur geholfen werden mit der Ausbildung von Ökonomen, Managern und Marketingspezialisten. «Konkret», wie sich Schatalin äusserte: «Gebt uns Kredite.»

Und wahrscheinlich wird Gorbatschew im Juli in London die Gruppe (G-7) der sieben grossen westlichen Industrienationen (Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada und die Vereinigten Staaten) um Kredite zur Rettung seiner Perestroika bitten.

Finanzhilfen

Man wird zu helfen versuchen, um Gorbatschew über die Runde zu bringen. Als achter kann er am G-7-Gipfel nicht teilnehmen, aber danach ist er Gast.

Gorbatschew wird Bedingungen akzeptieren müssen, unter anderem im konventionellen und nuklearen Abrüstungsbereich, und, die wohl entscheidendste, dass nicht bloss reformiert, sondern transformiert wird.

Das bedeutete beispielsweise, dass eine demokratische Sowjetunion mit einer freien Marktwirtschaft keine imperiale Macht mehr sein kann, dass der Kreml die Balten und andere nach Unabhängigkeit dürstende Völker ziehen lassen sollte.



Mit ihrem Ja zu Boris Jelzin hat die sowjetische Bevölkerung gleichzeitig Nein zum kommunistisch-leninistischen Weg gesagt.

Wirtschaftsmisere

Den düsteren Zustand, in dem sich heute die gesamte Sowjetunion befindet, mögen einige Schlagzeilen aus sowjetischen Medien erhellen:

«Produktionsrückgang erreichte Rekordhöhe» (Radio Moskau). «UdSSR wünscht westliche Hilfe bis zu 250 Milliarden Dollar» (Tass). «Leider stehen 200.000 Waggons still» (TV). «Brennstoffmangel erschwert Schädlingsbekämpfung» (Tass). «Zwei Millionen Sowjetbürger wollen Arbeit im Ausland suchen» (Tass). «Über 665.000 Flüchtlinge in der UdSSR» (Trud).

Und jüngst schrieb die «Literaturnaja Gazeta»: «Die Butter ist deshalb so teuer, weil die Kanonen so billig sind.» Die nach wie vor übermässige Militarisierung des Landes sei der wahre Grund für Armut und das Ausbleiben der Marktwirtschaft. Deklariert würden jährlich dreissig Milliarden Rubel fürs Militär. In Wirklichkeit seien es 300 Milliarden Rubel, ein Drittel des Bruttosozialproduktes. □

Denkbar ist, dass sich die G-7 auf folgenden historisch anmutenden Finanzierungsmodus einigt:

Jedes Gruppenmitglied zweigt über die nächsten fünf Jahre fünf Prozent der Verteidigungsausgaben für die «Kreml-Entwicklungskasse» ab. Jährlich entfielen auf die Vereinigten Staaten 15 Milliarden Dollar, auf Deutschland, Frankreich und Japan je 3,5 Milliarden Dollar, auf Italien 2 Milliarden Dollar und auf Kanada 500.000 Dollar.

Reformer gestärkt

Der Sieg von Jelzin bedeutet, dass die Reformer nicht nur in Russland, sondern auch in der (noch) übrigen Sowjetunion gestärkt werden. So gesehen ist sein Sieg auch ein Sieg Gorbatschews. Fortan dürfte rascher und radikaler reformiert und transformiert werden. Mit Jelzin ist eine zweite russische Revolution denkbar. □

Beatrice Geier-Bischoff: im ewigen Kampf zwischen Nonchalance und Beharrlichkeit

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf den Beginn eines Gefühls von Bewusstheit, das mehr als nur Körper und Geist ist, das auch kosmisches Bewusstsein einschliesst.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die Enge, die entsteht aus einerseits Raffgier und andererseits Geiz, so töten wir uns ab und versteinern.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die vielfältigen Kommunikationsmittel. Ebenfalls die verschiedenen Kommunikationsmittel, nämlich dann, wenn nicht wir sie, sondern sie uns im Griff haben.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Dass sie meine Heimat ist.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Selbstgefälligkeit und Selbstgerechtigkeit, die zu kleinmütiger Arroganz führen.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende»?

Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?

Nur bedingt. Denn nur wenn die Minderheit zur Mehrheit wird, entsteht Fortschritt.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil mein Individualismus in dieser Partei nicht eingeschränkt wird, die liberalen Grundwerte jedoch verpflichten und verbinden.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Es braucht in unserer heutigen Zeit viele engagierte Vor-Denkerinnen und Vor-Denker. Der Verleih eines Nobelpreises für Politik würde den Empfänger auf einen Sockel stellen, ihn glorifizieren, Erwartungsdruck auslösen. Das isoliert, auch im Denken. Deshalb können wir uns keinen Nobelpreis für Politiker leisten.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch eigenständiges, selbstentwickeltes Denken aus Verantwortung und aus Verpflichtung heraus und nicht der Popularität zuliebe. Wenn es Menschen sind, die noch zuhören können und die noch Wärme ausstrahlen.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Adam und Eva, und dass es noch ein langer Weg ist bis zur fairen echten Partnerschaft.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Meinen ewigen Kampf zwischen Nonchalance und Beharrlichkeit. Nonchalance wird dann zu meiner Schwäche, wenn Beharrlichkeit gefragt ist.

Beharrlichkeit wird zu meiner Sturheit, wenn Nonchalance am Platz wäre. Nonchalance und Beharrlichkeit, richtig eingesetzt, sind meine Stärken.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Christa Wolf: «Die Dimension des Autors», Essays und Aufsätze, Reden und Gespräche.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ich versuche mit allen Mitteln, den körperlichen und den geistigen, die Balance zu halten zwischen Spannung und Entspannung. Leider gelingt mir das nicht immer.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Einen Gasballon pilotieren.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen, und warum?

Heldenverehrung aus der Ferne liegt mir nicht beson-



Nonchalance und Beharrlichkeit sind die Stärken und zugleich die Schwächen von Beatrice Geier-Bischoff, der tatkräftigen Präsidentin der FDP des Kantons Baselland.

ders. Faszination entsteht für mich durch persönliche Begegnung, und es gibt viele faszinierende Persönlichkeiten in der Schweiz, man muss sie nur wahrnehmen. □

Kurzbiographie

Beatrice Geier-Bischoff

Zur Person: Aufgewachsen bin ich mit drei Schwestern in Basel. Seit meiner Heirat mit einem Architekten lebe ich in Liestal. Meine Söhne sind 24 und 20 Jahre alt und am Ausfliegen.

Alter: 1941–1991, ein Grund zum Feiern.

Berufliche Stationen: Schulen in Basel, Maturität, anschliessend Ausbildung zur Modedesignerin. Nach der Familiengründung habe ich diesen Beruf aufgegeben. Erziehungsfragen bestimmten nun meinen Alltag, darum mein Engagement in der Elternbildung in Liestal und im Kantonalvorstand der Elternbildung Baselland. Weiterentwicklung in Richtung Erwachsenenbildung und

Kommunikationstraining. Zurzeit Mitarbeit in verschiedenen bildungspolitischen Projektgruppen.

Politischer Werdegang: Als Mitglied der FDP-Sektion Liestal seit 1974 Präsidentin der Arbeitsgruppe Schule und Erziehung. 1982 Wahl in die Sekundarschulpflege. Seit 1986 Präsidentin der Sekundarschulpflege des Kreises Liestal. 1988 Wahl in die Parteileitung der FDP Baselland. Seit 1989 Präsidentin der FDP des Kantons Baselland.

Liebste Tätigkeiten: Reisen in Frankreich und Italien. Eintauchen in die entsprechenden Kulturen und Sprachen. Kontakt mit Menschen. Kommunikation, Diskussion bis zum Disput. Ab und zu spontane Rückfälle in meinen «alten Beruf». □



Das grosse Buch des schweizerischen Unternehmungsgeistes



Professor Jean-François Bergier, Leiter des wissenschaftlichen Beirats des Werkes «Die schweizerische Wirtschaft».

Die 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft gibt Anlass zu zahlreichen Gedenkfeiern. Sie bietet ebenfalls Gelegenheit, ein Werk zu veröffentlichen, das auf 600 Seiten die vergangenen, bestehenden und zukünftigen Realisierungen der schweizerischen Wirtschaft darstellt.

Unter der redaktionellen Leitung von Jean-François Bergier, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der ETH Zürich, ist dieses Buch mit dem Titel «1291–1991. Die Schweizerische Wirtschaft,

Geschichte in drei Akten» durch die Mitarbeit eminenten Spezialisten entstanden und bietet zahlreiche Zeugnisse und detaillierte Analysen an.

Vom Mittelalter bis hin zur Gründung der Schweiz als Finanzplatz am Ende des Zweiten Weltkrieges zeigen im ersten Teil dieser Geschichte in drei Akten Historiker die wichtigsten Aspekte der Schweizer Wirtschaft auf.

«Die Baumeister der Gegenwart», das zweite Kapitel, welches von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz eingeführt wird, stellt anhand von Zeugnissen und Erfahrungsberichten von 73 Persönlichkeiten verschiedenster Bereiche, wie Industrie und Bankwesen, Handel, Tourismus und Kommunikation, Politik und Wissenschaft, die jetzige Situation dar.

Der dritte Teil schliesslich, der in zwölf von Jean-François Bergier vorgestellten Wirtschaftssektoren unterteilt und gegliedert ist, porträtiert 135 Unternehmen, die die wirtschaftliche Position der Schweiz massgeblich aufgebaut haben und die heute zukunftsweisend sind. Dieses leinengebundene Werk mit mehr als 2000 Farbillustrationen ist eine bedeutende Referenz für die Schweiz, sowohl als historischer Markstein als auch wegen der hochstehenden Qualität der Ausgabe. Es ist in den drei Landessprachen Deutsch, Französisch und Italienisch und ebenfalls auf Englisch erhältlich. «Die Schweizerische Wirtschaft» ist vom Publikum begeistert aufgenommen worden, sind doch schon über 25 000 Vorbestellungen eingegangen. □

* «Die Schweizerische Wirtschaft» kann direkt beim Verleger zum Preis von Fr. 240.– bestellt werden: SGP Publication S. A., Postfach 180, 1025 St-Sulpice.

Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz

«Befragt man Schweizer über den Reichtum ihres Landes, so ist es ihnen oft recht unangenehm, sich dazu äussern zu müssen. Ein ausländischer Beobachter würde vielleicht Geldgier nennen, reines Rentabilitätsdenken oder gar die Neigung zu ausgeprägtem Egoismus. Das Ärgerliche daran ist, dass die Karikatur so hartnäckig ist wie die Fakten, selbst wenn diese Fakten der Karikatur widersprechen.

Deshalb scheint mir auch das vorliegende Kapitel zur Geschichte der schweizerischen Wirtschaft die beste Antwort für all jene zu sein, die die näheren Umstände des helvetischen Wohlergehens verstehen möchten. Wir wollen uns nicht rechtfertigen oder anderen eine Lektion erteilen; es geht uns vielmehr darum, anhand von Erfolg und Misserfolg zu zeigen, dass sich die Schweizer Wirt-

schaft von grosser Vorstellungsfähigkeit, starker Widerstandskraft und ununterbrochener Beständigkeit leiten lässt.

Genährt von anspruchsvollem Pragmatismus, findet die schweizerische Wirtschaftsphilosophie ihren Ausdruck vor allem in der Willenskraft Einzelner und der Entschlossenheit der Gemeinschaft, die die Herausforderungen angenommen haben, die ihnen die Bedingungen der Natur, die anspruchsvolle geographische Situation und die wenig entgegenkommende politische Organisation immer wieder aufs Neue stellt. Überleben, Erhalten, Schützen, Erneuern und Entwickeln sind von jeher die Schlüsselworte unserer Vorfahren.»

Aus dem Werk «1291–1991. Die Schweizerische Wirtschaft, Geschichte in Drei Akten». □

Schriftenreihe «Schweiz»

Ein Geschenk macht 1991 die Rentenanstalt der Schweizer Bevölkerung. In ihrer 23teiligen Schriftenreihe «Schweiz» porträtiert sie alle Kantone. Die Taschenbücher sind kostenlos erhältlich bei allen Generalagenturen und Versicherungsberatern der Rentenanstalt.

Keinen Staatskundeband, aber auch keinen Tourismusprospekt legt die Herausgeberin mit ihren kleinformatigen, aber umfangreichen Taschenbüchern vor. «Ein ebenso neues wie gültiges Bild einer föderalistischen Schweiz» sei angestrebt, sagt Rentenanstalt-Direktor Felix Fingerhuth zum gelungenen Werk.

Begonnen worden ist die Schriftenreihe 1987 mit Graubünden, dem Tessin und dem Wallis, abgeschlossen 1991 mit Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden. Von den vier Sprachregionen der Schweiz aus ist man also zuletzt zurückgekehrt an den Ursprung der

700 Jahre alten Eidgenossenschaft. Von dort aus schwärmt die Rentenanstalt dann 1992 wieder weit aus: Bereits in Vorbereitung befindet sich das 24. Taschenbuch, das den Auslandsschweizerinnen und -schweizern gewidmet sein wird.

Die Leitung des anspruchsvollen Rentenanstalt-Projekts lag in den Händen von Marco Fedier in Zürich. Die einzelnen Taschenbücher zeichnen sich aus durch einen sorgfältigen und griffigen Text, eine einfallsreiche Gestaltung und Gesamtkonzeption und eine überdurchschnittlich gute Druckqualität. □



Auf der Rütliwiese: Aufmerksam hören die freisinnigen Mandatsträger von Bund, Kantonen und Gemeinden den Reden zu. Vielbeachtet wurde die Ansprache von Bundesrat Kaspar Villiger. (Photos ruti)

700 Jahre Eidgenossenschaft – 800 Freisinnige auf dem Rütli

Die Idee stammte von FDP-Fraktionspräsident Pascal Couchepin: Zur 700-Jahr-Feier sollten 700 freisinnige Mandatsträger aus der ganzen Schweiz die Rütliwiese besuchen und damit zeigen, dass sie zur Schweiz stehen und gewillt sind, sich für unser Land weiterhin einzusetzen. Über 800 Freisinnige folgten der Einladung. Als Erinnerung an den Tag veröffentlicht der «Freisinn» Bilder und Auszüge aus den Reden von Bundesrat Kaspar Villiger und Pascal Couchepin.



Aufstieg zum Rütli.



Einmarsch in Luzern mit der Musik, dem Echo d'Orny von Orsières, die FDP-Fraktionspräsident Pascal Couchepin (hinter der Musik ganz rechts) aus seinem Kanton Wallis mitgenommen hat. Weiter in der ersten Reihe Parteipräsident Franz Steinegger und die Bundesräte Delamuraz und Villiger (von links).

«Das Volk wird sich kaum abschaffen lassen»

Die Befindlichkeit unseres Landes nach 700 Jahren scheint nicht die beste. Während Europa hoffnungsvoll zu neuen Ufern aufbricht, vertreiben sich viele hierzulande die Zeit mit Gezänk über hausgemachte Probleme. Prominente Kritiker diagnostizieren ein Orientierungs- und Führungsdefizit, die Institutionen sind umstritten, die zentrifugalen Kräfte dieser Willensnation scheinen zuzunehmen. Die Schweiz zeigt Symptome einer Identitätskrise.

Bundesrat Kaspar Villiger*

Die «Classe politique» und die von ihren Mängeln lebende Medienwelt geizen nicht mit Rezepten zur Abhilfe. Erstaunlich ist nur, dass noch niemand die Abschaffung des Volkes vorgeschlagen hat. Was ist von diesem Volk zu halten, das es so oft liebt, politischen Höhenflügen ein jähes Ende zu bereiten?

Das Volk

Dieses Volk, dem wir alle angehören, ist schwierig und widersprüchlich. Es verbindet Innenbezogenheit im Politischen mit Weltoffenheit im Wirtschaftlichen. Es ist störrisch, auflüpfisch, misstrauisch gegenüber jeder Obrigkeit, und es ist zugleich treu und verständnisvoll. Hin und wieder bodigt es eine Vorlage, um es denen dort oben zu zeigen, aber wenn auf der Wahlliste bei einem Parlamentskandida-

ten «bisher» steht, wird er fast sicher gewählt.

Dieses Volk will Führerschaft, will Vorbilder, aber wenn einer den Kopf zu hoch streckt, wird ihm dieser abgehauen. Dieses Volk kritisiert das eigene Land und Gemeinwesen mit besonderer Lust, liebt es aber auch mit besonderer Innigkeit. In einem solchen Volk rumort und brodelt es immer, ein solches Volk ist nicht leicht zu führen, und es war nie leicht zu führen.

Die Geschichte zeigt, dass die vehementen politischen Auseinandersetzungen, die inneren Zerreihsproben, die Anfechtungen unserer Identität, die Zweifel an den Institutionen und der Führungsfähigkeit der Verantwortlichen nicht neu sind, sondern das Land periodisch und in unterschiedlicher Intensität heimsuchen.

Dankbarkeit

So ist denn auch die schwarz-malerische Diagnose über die

Befindlichkeit dieser Schweiz zu relativieren. Es ist doch wirklich nicht zu übersehen, dass es hier noch Menschen zuhauf gibt, die lachen können, die glücklich sind, die sich selbst verwirklichen, die etwas leisten, die zukunftsfreudig sind, die sich für das Gemeinwesen einsetzen, kurz, denen es – wie mir – in diesem Land gefällt. Und die – wie ich – die Menschen in diesem Land gern haben, und zwar so, wie sie eben sind.

Es geht diesem Land gut, seine Probleme sind nicht grösser als die vergleichbarer Gemeinwesen, seine Problemlösungskapazität ist weniger schlecht, als sie gemacht wird, und es hat mehr Grund zu Dankbarkeit als zu Hader und Missmut.

Das Fundament

Gerade auf dem Rütli lohnt es, sich einige Gedanken zur Frage zu machen, wie es dieses schwierige und widerspenstige Volk geschaffen hat, sich zu

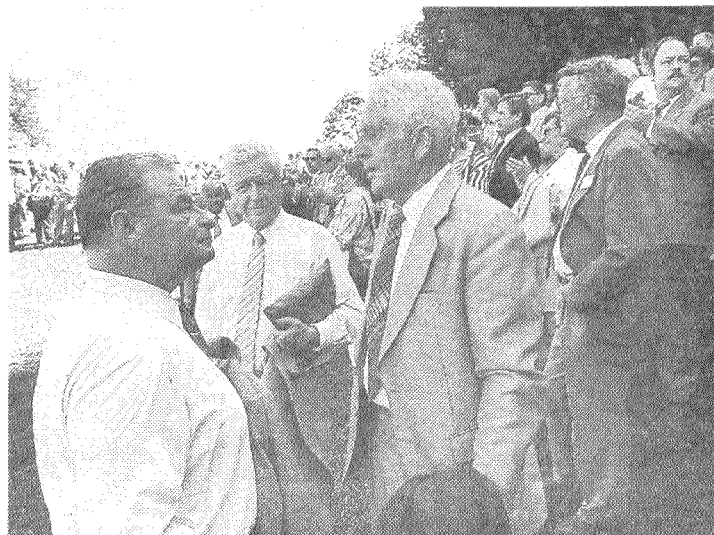
einem so hochentwickelten Gemeinwesen mit einem so beispiellosen Erfolgsausweis zu formen.

Karl Schmid wies einmal darauf hin, dass die allgemeine Befassung mit dem Staat eine Eigenheit sei, welche die Schweiz von unseren umliegenden Staaten grundsätzlich unterscheidet. Diese Eigenheit wiederum leitete er von der genossenschaftlich geprägten Urzelle des Gemeinwesens in den abgelegenen Talschaften her, die er als den «kleinen Kreis» bezeichnete. Hier ist denn auch das Fundament unseres Milizsystems, das alle Schichten unseres Gemeinwesens durchzieht.

Es ist der Bürger, der Verantwortung im Gemeinwesen übernimmt, der zum Rechten schaut, der weiss, dass er bei allem egoistischen Handeln den Aspekt des Gemeinwesens nie aus den Augen verlieren darf. Der Bürger auch, der zupackt und nicht wartet, bis andere für ihn zupacken.

Politische Kultur

Es ist vielleicht kein Zufall, dass diese Struktur in letzter Ausprägung in der direkten Demokratie gipfelte, in jenem System, das dem Bürger maximale Mitsprache im Staats-



Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz Auge in Auge mit alt Bundesrat Ernst Brugger. Im Hintergrund alt Staatssekretär Raymond Probst.



Nationalratspräsident Ulrich Bremi wie immer souverän locker. (Photos ruti)

«Die Schweiz ist das, was wir daraus machen wollen»

wesen erlaubt, ihn aber auch durch die Verantwortung für das Ganze in die Pflicht nimmt. Kein Zufall ist es wohl auch, dass dieses Gemeinwesen eine besondere Sensibilität für die Minderheiten entwickelte, daraus nicht nur eine Kultur des Zusammenlebens aufbaute, sondern auch ein fein zisiertes und austariertes System zu deren Schutz ausformte.

Auch der Föderalismus baute auf den Bausteinen des kleinen Kreises auf, brachte die politische Entscheidung nahe zum Bürger, begrenzte und entgiftete damit die Macht des Staates, der dadurch ins Mass verpflichtet wurde. Dieses feingesponnene Geflecht politischer Kultur, in dessen Zentrum der mündige Bürger steht, wurde nicht nur zum Wesenselement des Staates, sondern auch zum Identitätsmerkmal des Volkes. Zu etwas, das zusammenhält.

Vorzüge und Mängel

Diese austarierte komplexe demokratische Ordnung ist schwerfällig, anscheinend wenig europatauglich, anfällig auf den allfälligen Liebesentzug durch den Bürger, von dessen Zuwendung es lebt. Es ist nicht von einem Einzelnen zu führen mit einer starken Hand, es ist stärker als jeder Einzelne, es widersetzt sich auch der mutigen und grossen Reform.

Wir müssen mit ihm leben, ob wir wollen oder nicht, und wir müssen uns damit abfinden, dass seine grossen Vorzüge mit Mängeln erkaufte werden, die gerade in einer Zeit des rasanten Wandels ins Gewicht fallen.

Aber ich wage vorauszusagen, dass der Bürger – und dies zu Recht! – sich seine Rechte kaum wird nehmen lassen. Rechte auch, von denen er sich vorbehält, sie gegebenenfalls auch nicht zu nutzen.

Das Volk wird sich kaum abschaffen lassen. Kaum merklich, und doch stetig und nachhaltig, hat sich dieses System trotz allem verändert und angepasst. Es hat viele Aufgaben gelöst, gut gelöst bisweilen, und es hat Fehler und Mängel abgedeckt, aufgefangen. □

* Gekürzte Rede, gehalten am Fraktionsausflug der FDP der Schweiz am 12. Juni 1991 auf dem Rütli.

Bei einem antiken griechischen Schriftsteller heisst es über die Götter und über den Mythos: «Diese Dinge hat es nie wirklich gegeben, und dennoch wirken sie ständig.» Auch wenn die Gründung unseres Staates nicht auf der Rütliwiese stattgefunden hat, so ist der Mythos doch so stark, dass er weiterwirkt. Welche Kraft vereinigt uns hier in so grosser Zahl, aus allen Kantonen kommend? Welcher Geist bewirkt, dass wir, Mandatsträger aus Gemeinden, Kantonen und auf Bundesebene, den 700. Geburtstag der Schweiz feiern?

Fraktionspräsident Pascal Couchepin VS*

Durch unsere Gegenwart bestätigen wir zunächst, dass es die Schweiz gibt. In allen Kantonen sind Männer und Frauen bereit, politische Verantwortung zu tragen, und zwar nicht in ihrem eigenen Interesse, sondern als Dienst an der Gemeinschaft, an ein bestimmtes Land, unsere Schweiz. Tausende Wähler honorieren diese Bereitschaft. Wir sind denn auch heute nicht nur 700 Personen, wir sind hier in Gedanken an die Tausende von Bürgerinnen und Bürgern, die uns vertrauen und die mit uns der Überzeugung sind, dass 700 Jahre nicht genug sind und dass die Schweiz, auch wenn sie sich verändert, ihre eigene Identität bewahren wird.

Was ist die Schweiz?

Unsere Identität ist eine der zentralen Fragen, die uns heute beschäftigen. Was wird aus



Fraktionspräsident Pascal Couchepin: «Wir wollen zeigen, dass wir Schweizer sind, die stolz auf unser Land, aber auch offen für Veränderungen sind.» (Photo ruti)

uns, wenn die Einwanderungswelle noch grösser wird? Wieviel von unserer Souveränität können wir aufgeben, um am wirtschaftlichen, mehr noch politischen Aufbau Europas teilzunehmen? Und schliesslich, was ist die Schweiz?

Die Freisinnig-Demokratische Fraktion der Bundesversammlung, die diesen Ausflug aufs Rütli organisiert hat, wollte auf diese Frage eine einfache Antwort geben. Die Schweiz ist das, was wir daraus machen wollen. Keine historische, geographische und ökonomische oder politische Erfordernis nötigt die Schweiz. Sie besteht, weil wir es wollen. Sie ist ein Willensakt.

Freisinn

Was uns Freisinnige betrifft, so sind die Werte, die wir verteidigen, diejenigen, die diesen Staat geschaffen haben. Wir sind vor allem davon überzeugt, dass sich die politischen Probleme durch eine Methode lösen lassen, diejenige des demokratischen Dialogs, und nicht durch das Postulieren von Theorien und Dogmen.

Freisinn bedeutet in diesem Land auch die Respektierung des Bürgers, Solidarität über die Grenzen der Sprache und

der Religion hinweg und schliesslich die Überzeugung, dass Unterschiede nicht trennen, sondern verbinden können, wenn sie vom Willen begleitet werden, sich zu verstehen und etwas zusammen zu machen.

Stolz auf unser Land

Dieser Tag soll unser Zusammengehörigkeitsgefühl stärken. Er soll dem Land zeigen, wer wir sind: Schweizer, die stolz sind auf unser Land, auf unsere Eigenständigkeit, aber auch Schweizer, die für Veränderungen offen sind, die sich bewusst sind, dass Europa auch unser Kontinent ist. Wir wissen ferner, dass ganz Europa nicht in Frieden leben kann, wenn der Rest der Welt unter Armut und Not leidet, welche der menschlichen Würde einen Schlag versetzen.

* Auszug aus der Rede, gehalten am Fraktionsausflug der FDP der Schweiz am 12. Juni 1991 auf dem Rütli. □

Grundstück- und Gebäudekosten müssen gesenkt werden

Gleich vorweg – preisgünstiges Wohnen ist nur noch mit ganzheitlichem Denken erreichbar. Dazu ist eine Analyse aller kostenrelevanten Faktoren erforderlich. Das Notwendige ist vom Wünschbaren zu trennen. Hoher Wohnwert bedeutet nicht automatisch hohe Kosten. Regionale und soziale Unterschiede erfordern unterschiedliche Massnahmen.

◉ Hans Bisig

Eine allgemein übliche Aufgliederung der Anlagekosten sieht folgende Kostengruppen: Grundstück, Vorbereitungsarbeiten, Gebäude, Umgebung und Baunebenkosten.

Von Bedeutung und damit speziell zu beachten sind die Grundstück- und die Gebäudekosten.

Boden nutzen

Marktwirtschaftliche Kriterien würden grundsätzlich genügen, den aus den Fugen geratenen Bodenmarkt zur Normalität zurückzuführen. Baulandreserven und Verdichtungsmöglichkeiten sind in genügendem Ausmass vorhanden, der gesteigerten Nachfrage zu entsprechen.

Leider lassen sich in der besonders dicht bevölkerten Schweiz planwirtschaftliche – und damit marktverzerrende Massnahmen nicht ganz vermeiden. Vor allem die Nutzungsvielfalt, das Nebeneinander erwünschter, wirtschaftlich nicht gleichartiger Nutzungen bedingt dies. Problemlösungsansätze dazu enthält das FDP-Thesenpapier «Lebensgrundlage Boden» (Politische Rund-

schau Nr. 4/89). Der Massnahmenkatalog bedarf aber noch einer Konkretisierung auf allen Ebenen – Bund, Kantone und Gemeinden. Raumplanerische Festlegungen müssen immer wieder hinterfragt werden.

Der haushälterischen Bodennutzung muss bei allen raumrelevanten Bedürfnissen oberste Priorität beigemessen werden. Vorschriften müssen in dieser Hinsicht überprüft, korrigiert oder neu erlassen, Beiträge der öffentlichen Hand an diese Bedingungen geknüpft werden.

Der heute kostentreibende Nachfrageüberhang kann und muss also abgebaut werden. Boden, vor allem Bauland muss das Image einer guten Kapitalanlage genommen werden. Dies gelingt natürlich nur im Rahmen einer Gemeinschaftsaktion der öffentlichen Hand und an einer Problemlösung interessierter Privater. Die FDP ist aufgerufen, hier die Führungsrolle zu übernehmen.

Kostentreibend sind auch die heute vielfach überdimensionierten Erschliessungsanlagen, vor allem die Verkehrsanlagen. Im Bereich der Feinerschliessung sind Reduktion von Strassenbreiten und Baulinienabständen ohne Wohn-

wertverlust der Quartiere möglich. Mehrfachnutzung des Verkehrsraums unterirdisch, à Niveau und im Luftraum sind nicht nur möglich, sondern vielfach sinnvoll und wohnwertsteigernd.

Letztlich darf die nur selten kostenbewusste Nutzungsplanung nicht unerwähnt bleiben. Die starre Gliederung in peinlichst genau abgegrenzte Nutzungszonen widerspricht dem Grundsatz der haushälterischen Bodennutzung. Vor allem in Einfamilienhauszonen wird die vorgesehene Ausnutzung nur in den seltensten Fällen erreicht. Eine Ausscheidung grosszügiger zusammenhängender Bauzonen mit Mischnutzung und ein Maximum an Freiheiten im Rahmen der Gestaltungsplanung würden hier Abhilfe schaffen.

Kostenbewusstere Bestimmungen im Bau- und Planungsrecht, z. B. Baumassen- und Ausnutzungsziffern sowie alle Baunormen, sind ein weites Feld, das es speziell zu beackern gilt.

Gebäudekosten

Als zweite kostenintensive Gruppe sind die Gebäudekosten zu durchleuchten. Hier sind echte oder unechte Wohnbedürfnisse und zweckmässige oder wenig sinnvolle Vorschriften der Bereiche Energie, Lärmschutz, Luftreinhaltung und technische Installationen zu beachten. Nicht vergessen werden darf dabei, dass die Schweiz grösstenteils schon gebaut ist, Neubauten also eher eine untergeordnete Rolle spielen. Einer «Siedlungserneuerung nach innen» dürfte in diesem Zusammenhang ein besonderer Stellenwert beigemessen werden.

Stichworte dazu sind Neu- und Umnutzung, Verdichten durch Um-, Aus- und Neubauten, Sanieren. Es steht ausser Zweifel, dass ein grosses Ver-



Hans Bisig, Dipl. Arch. ETH/SIA, Lachen SZ, Mitglied der FDP-Arbeitsgruppe Bodenrecht, Raumplanung, Wohneigentumsförderung.

dichtungspotential vorhanden ist und dass damit unsere Zielsetzung «Preisgünstig wohnen» am einfachsten erreicht wird.

Bekannte Lösungen sind Dach- und Erdgeschossausbauten, Dachaufstockungen und Schliessen von Baulücken. Weniger praktiziert, aber deshalb nicht weniger sinnvoll ist

Fortsetzung auf Seite 12

Überprüfung nötig

Vorschriften der Bereiche Energie, Lärmschutz, Luftreinhaltung und technische Installationen treiben die Kosten in die Höhe. Sie wurden offensichtlich unter völliger Missachtung der Kostenfolge im Wohnungsbau erlassen.

Man kommt um den Eindruck nicht herum, dass die Verfasser spezielle Situationen im Auge gehabt haben. Allgemein angewendet wirken sie aber auch dort kostentreibend, wo ihre Wirkung weder wünschenswert noch notwendig ist. Vielfach sind sie nicht vollziehbar, und sie werden dann auch nicht kontrolliert.

Eine Überprüfung der unnötigerweise baukostentreibenden Vorschriften ist angebracht. □



Bauen muss kostengünstiger werden.

Frauen in einer veränderten Welt

Rund 160 freisinnige Frauen folgten der Einladung der FDP-Arbeitsgruppe «Frauen 91» und der Schweizerischen Vereinigung der freisinnig-demokratischen Frauen (SVFF) und fanden sich am 24. Mai 1991 im Ausbildungszentrum Seepark in Thun ein. Das Jahr 1991 ist nicht nur ein Marktpfeiler für den Staat Schweiz, sondern insbesondere auch für die Frauen: Seit zwanzig Jahren sind die Frauen stimmberechtigt, und seit zehn Jahren besteht der Gleichheitsartikel in der Bundesverfassung.

Eleonora Schneuwly-Aschwanden

Ziel der Tagung war es, den Standpunkt der Frauen in einer veränderten Welt zu analysieren sowie die Schwerpunkte für eine aktive, frauenpolitische Zukunftsgestaltung zu erarbeiten. Mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit, mehr Partnerschaft – unter diesen drei Aspekten diskutierten die Frauen in vier Arbeitsgruppen zu den Themen: Gesellschaft/Familie, Arbeitswelt, Soziale Sicherheit/Gesundheit und Bildungswesen.

Herausforderung

Nach den Begrüßungsworten der Tagungsleiterin, Bundesrichterin Ursula Widmer-Schmid, hielt Prof. Dr. Kurt Lüscher (Universität Konstanz) ein ausführliches Referat zum Thema «Gesellschaftlicher Wandel – Herausforderungen für Frauen». Lüscher legte in seinem Vortrag dar, dass der soziale Wandel eine Herausforderung für die Frauen darstelle. Neben der Emanzipationslast der Frauen existiere auch eine doppelte Emanzipationschance: die Möglichkeit nämlich, eine bessere, «freiheitliche Lebensgestaltung für Frauen und damit zugleich des menschlichen Zusammenlebens» herbeizuführen.

Verhaltensmuster

Die Genfer freisinnige Grossrätin Françoise Saudan hielt einen Vortrag zum Thema «Politische Ziele in einer veränderten Umwelt». Obschon es seit vorchristlicher Zeit vereinzelt Frauen als höchste Entscheidungsträgerinnen gab und gibt, sind es im 20. Jahrhundert noch immer mehrheitlich die Männer, die wichtige Machtpositionen einnehmen.

Hingegen verweist Françoise Saudan auf drei Errungenschaften:

- die Schwangerschaftsverhütung,
- die Möglichkeit zur höheren Bildung sowie
- die Verleihung der politischen Rechte für die Frauen.

Dass die gesellschaftlichen Strukturänderungen nur schwerfällig vorangingen, so die Referentin weiter, sei nicht ausschliesslich die Schuld der Männer. Es seien auch die Frauen, welche sich nur mühsam von traditionellen Verhaltensmustern lösen beziehungsweise zu lösen bereit seien. Im Gegensatz dazu könne festgestellt werden, dass der extreme Feminismus der fünfziger bis siebziger Jahre inzwischen überholt sei.

Fakten und Tendenzen

Anita Calonder Gerster, Betriebspsychologin und Mitorganisatorin des Frauentages, beurteilte in ihren Ausführungen zum Thema «Gesellschaftliche Veränderungen – Wie weiter?» die Situation der Frauen in den Bereichen Familie, Bildung, Arbeit sowie im Sozial- und Gesundheitswesen.

Dabei stellte sie fest, dass vor dem Hintergrund einer in Umwälzung begriffenen Gesellschaft (Wertewandel, offenere Lebensformen, ganzheitliche Lebensgestaltung) auf die besondere Situation der Frauen in den verschiedenen Bereichen zuwenig Rücksicht genommen wird.

Von besonderer Bedeutung für die Frauen sei die Bildung. Sowohl bei der Bildungsorientierung wie bei der Berufswahl herrschten traditionelle Aspekte vor. So könne festgestellt werden, dass es eigentliche Frauenberufe und Frauenar-

beitsplätze gebe. Diese zeichnen sich durch geringe Aufstiegsmöglichkeiten und Lohnungleichheiten aus.

Zuwenig berücksichtigt werde auch die Lage der berufstätigen Frauen mit Familien. Diese seien zwar willkommene Arbeitskräfte, auf ihre Bedürfnisse gingen Gesellschaft und Wirtschaft jedoch nicht ein.

Arbeit in Gruppen

Nach den drei Referaten wurde in Arbeitsgruppen zu den Themen Gesellschaft/Familie, Arbeitswelt, Soziale Sicherheit/Gesundheitswesen und Bildung diskutiert.

Die Auseinandersetzungen mündeten in von allen verabschiedeten Thesen.

- Im Bereich Gesellschaft/Familie wurden die Forderungen aufgestellt, dass die Familienaufgaben als volkswirtschaftliche, statistische Grösse anzuerkennen und die institutionellen, gesetzgeberischen Rahmenbedingungen gerade für die jungen Familien (erwerbstätige Mütter) zu verbessern seien.

- Aktuell auch die Forderungen der Frauen der Arbeitsgruppe Soziale Sicherheit und Gesundheit: Gleichstellung von Frau und Mann in der 10. AHV-Revision.

- Die Arbeitsgruppe Arbeitswelt stellte das Postulat der Lohngleichheit in den Vordergrund (Umkehr der Beweislast) sowie das Anliegen nach beruflicher Besserstellung der Frauen (ausbildungsbedingte Aufstiegchancen).

- Im Bereich Bildung schliesslich wurden Forderungen nach Anpassung des Aus- und Weiterbildungssystems an die Bedürfnisse der Frauen aufgestellt.



Franziska Frey-Wettstein

Franziska Frey-Wettstein heisst die neue Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung freisinnig-demokratischer Frauen. Sie löst in diesem Amt Dolly Duc, Lausanne, ab.

Franziska Frey-Wettstein ist 52 Jahre alt, Beruf: medizinische Laborantin. Seit 1979 ist sie Gemeinderätin. 1988/89 war sie Präsidentin des Gemeinderates der Stadt Zürich. 1991 wurde sie in den Zürcher Kantonsrat gewählt. Seit 1988 ist Franziska Frey-Wettstein Vizepräsidentin der Pro Senectute des Kantons Zürich. – Wir werden die neue Präsidentin unseren Leserinnen und Lesern in einem späteren «Freisinn» ausführlich vorstellen.

Resolution

Nicht ganz so reibungslos wie die Verabschiedung der Thesen fiel die Behandlung des Resolutionstextes im Plenum aus. Nach zum Teil recht knappen Abstimmungsergebnissen – insbesondere über die «Stelle für Gleichstellungsfragen» innerhalb der FDP – forderten die FDP-Frauen die Schaffung einer parteiinternen «Stelle für Gleichstellungsfragen», die konsequente Berücksichtigung der Frauenstandpunkte in sämtlichen Stellungnahmen der Partei und eine verstärkte Zusammenarbeit der FDP Schweiz mit ihren Kantonalparteien zur besseren Unterstützung der Frauen auf allen Ebenen.

Die Texte der FDP-Tagung in Thun erscheinen in der nächsten Politischen Rundschau. Zudem ist eine Broschüre zur FDP-Frauenpolitik in Arbeit. □

«Zukunft ohne Freiheit?»* – so lautet der Titel des Buches unseres freisinnigen Parteikollegen Alfred Dubach. In einer Zeit des Aufbruchs und der neuen Hoffnungen, eingeleitet durch die Öffnung im Osten und die entstehende Europäische Gemeinschaft, mag die Frage paradox erscheinen, ob sich der Westen auf eine «Zukunft ohne Freiheit» zu bewegt. Im Sinne der Anregung und der Auseinandersetzung, nicht zuletzt auch im Hinblick auf den FDP-Slogan «Freiheit gewinnt», veröffentlichen wir hier einen Auszug.



«Freiheit gewinnt», so lautet provokativ der Slogan der FDP. Liberalität in Gesellschaft und Markt ist für die Freisinnigen immer wieder ein Thema, letztmals an der Delegiertenversammlung im Januar 1991 in Basel (s. Bild). FDP-Parteifreund Alfred Dubach befasst sich mit dieser Thematik ausführlich und kritisch in einem soeben erschienenen Buch. (Photo ruti)

Wohin geht die Reise?

Alfred Dubach

Die brennenden Fragen, die sich aufdrängen, sind die folgenden: Wenn hier von Gefahr und Bedrohung für die westliche Kultur, für ihre Demokratien und für die Wirtschaft die Rede ist, wo steht denn diese Zivilisation heute, besonders in Europa, angesichts der EG und der Öffnung des Ostblocks? Sind wir schon in der Krise, oder fängt sie erst an? Kann sie noch verhindert werden, oder stecken wir mittendrin? Und wo geht die Reise hin; werden sich Marktwirtschaft, Freiheit, Liberalismus und Individualismus wieder durchsetzen, oder sind die Demokratien der westlichen Industrienationen morsch und funktionsuntüchtig gewordene Systeme, werden deshalb untergehen und durch andere ersetzt werden?

Besorgnis

Es wäre vermessen, darauf schlüssige Antworten geben zu wollen. Dass die Demokratie in vielen Teilen nicht mehr richtig funktioniert und die Marktwirtschaft mehr und mehr beeinträchtigt wird, geht aus den bisherigen Betrachtungen hervor. Es wurde auch gezeigt, dass alte, kollektivistische Ideen in neuem Kleid

* Alfred Dubach: Zukunft ohne Freiheit? Gefährdete Liberalität in Gesellschaft und Markt. Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart 1991. 184 S., gebunden, Fr. 58.–. Der Auszug wurde dem Kapitel «Zukunft ohne Freiheit?» ab Seite 147 entnommen. Zwischentitel und Hervorhebungen stammen von der Redaktion.

wieder auftauchen und die freiheitlichen, offenen Gesellschaften bereits in hohem Masse gefährdet sind. Ob nun Optimismus oder Pessimismus angebracht ist, ist mehr eine Glaubens- als eine Wissensfrage. Aber eines lässt sich mit Gewissheit sagen:

Die gefährdete und bedrohte Freiheit, die letztlich auf dem erarbeiteten Wohlstand beruht, kann nur dann erhalten werden, wenn wir uns wieder täglich für sie einsetzen, wenn wir wieder erkennen, dass sie keineswegs für alle Zeiten gesichert und selbstverständlich ist. Denn die grösste Gefahr sind nicht die politischen Wirrköpfe und Chaoten, sondern diejenigen, denen es so gut geht, dass sie vergessen haben, an der Erhaltung der ökonomischen und ökologischen Grundlage der Freiheit jeden Tag zu arbeiten und sie gegen alle Angriffe zu verteidigen.

Es macht zutiefst besorgt und lässt eher pessimistisch werden, wenn man zwei repräsentative Studien über die Befindlichkeit des Volkes in der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz genauer überdenkt, die in beiden Ländern zu nahezu identischen Resultaten geführt haben:

Neunzig Prozent der Befragten bezeichnen sich als glücklich und zufrieden mit ihren Lebensumständen. Aber fast genauso viele sagen, sie möchten ein «natürlicheres» Leben führen, unter weniger «Leistungsdruck» stehen, und sie möchten, dass «dem Geld» weniger Bedeutung zugemessen würde. (...)

Verantwortung

Man könnte Gelassenheit an den Tag legen, könnte sagen, dass ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, das seine Überlegenheit immer wieder bewiesen hat, wohl kaum einfach über Bord geworfen werde. Das würde aber nur dann zutreffen, wenn man davon ausgehen könnte, dass die Entscheidung darüber rational gefällt würde. Nach dem, was die hier diskutierten Beobachtungen zeigen, ist aber genau das nicht der Fall. (...)

Diese Haltung kann besonders dann nicht eingenommen werden, wenn man bedenkt, dass am Entstehen der gefährlichen Situation nicht das einfache Volk, die breite Masse vor allem, schuld ist. Sondern auch und in noch grösserem Masse die jetzt zur Resignation neigende geistige Elite in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, die sich über Jahre hinweg aus ihrer Verantwortung gestohlen und den gesellschaftlichen Führungsanspruch nicht mehr gestellt hat. (...) Auch wenn kein übertriebener Optimismus angebracht ist bei der Frage, ob es denn jetzt nicht schon zu spät sei dafür, so ist es doch schlicht die Aufgabe derer, die so lange ihre Verantwortung nicht mehr wirklich wahrgenommen haben, jetzt nicht zu resignieren, sondern aktiv und mit voller Kraft daran mitzuarbeiten, die Probleme der Zukunft unter Erhaltung menschenwürdiger Freiheit zu meistern.

Das würde bedeuten, dass die gut ausgebildeten, intelligenten Bevölkerungsschichten, die ja auch in besonderem

Masse von den glücklichen Umständen in den westlichen Industrienationen profitiert haben und profitieren, ihre Verantwortung im gesamten demokratischen Prozess wieder wahrnehmen.

Als erster Schritt müsste diese Elite in den Unternehmen und den Universitäten ihre diesbezügliche Denkfaulheit überwinden, die sich seit langer Zeit darin äussert, dass sie jeden Unsinn und radikalen Aberwitz als «Denkanstoss» deklariert und toleriert, weil sie selber keine kreativen Lösungen mehr bringt.

Denn wenn wieder vernünftige Denkansätze und rationale Lösungswege präsentiert werden, kann man auch die Mühsal auf sich nehmen, den Mitbürgern zu erklären, dass es gar keine radikalen Veränderungen braucht, sondern kontinuierliches, kreatives und vernetztes Denken. Das also sehr gut auf Hirngespinnste und «Denkanstösse» von extremen Aktivisten verzichtet werden kann. Man müsste dann allerdings auch dazu stehen, dass es reine Bequemlichkeit, Faulheit und Desinteresse war, nicht vorher schon dazu gestanden zu haben; dass man aus den gleichen Gründen auch gelogen hat, wenn man dem Volk sagte, extreme Opposition sei «notwendig», damit sich etwas bewege. (...)

Liberaler Politik

Das heisst auch, dass liberale Politik in Zukunft wieder eindeutig und klar die

Politik der Freiheit, der Eigenverantwortlichkeit und der Marktwirtschaft sein muss.

Denn das Lavieren und die uningeschränkte, opportunistische Kompromissbereitschaft haben die Wähler bereits überdeutlich mit Unmut quittiert, was in den Wahlergebnissen im EG-Parlament und in den einzelnen Ländern zum Ausdruck kommt. Profitiert davon haben aber nicht andere demokratisch und freiheitlich gesinnte politische Richtungen, sondern die radikalen Strömungen rechter, linker und grüner Provenienz. Also diejenigen Kräfte, die weder praktikable Lösungswege für Umweltfragen noch für irgendein anderes Problem anbieten.

Sogar in einem Land, das über Jahrzehnte hinweg als Musterdemokratie und Beispiel freiheitlicher, unabhängiger Gesinnung galt, hat sich dies bereits verheerend ausgewirkt. Die Rede ist von der Schweiz, die auch als Modell für Fleiss, Leistungsbereitschaft und Marktwirtschaft angesehen war; der gegenwärtige gesellschaftliche und politische Zustand dieses Landes könnte ein Indiz sein dafür, in welche Richtung die Entwicklung auch in den anderen Staaten Europas geht.

In der Schweiz erzählen zum Beispiel heute gewisse Kreise, ja sogar hochrangige Politiker, der Finanzplatz habe seine zumutbare Grösse erreicht, man habe kein Interesse mehr daran, dass er weiterwachse. Und dies in dem Land, das nicht zuletzt wegen seines weltberühmten Finanzplatzes zu einem der reichsten der Erde wurde! Man hört Reporter am

Schweizer Radio frohlocken, endlich werde das Image der Banken ihres Landes wegen der insbesondere durch die inländischen Medien hochgespielten Affären von Flucht- und Drogengeldern so schlecht, dass Ausländer ihre Gelder abzögen und damit die Banken «zurückgestutzt» würden.

Besonders auf den amerikanischen Finanzplätzen lacht man sich ins Fäustchen und sagt hinter vorgehaltener Hand: «A Swiss case is a good case.» – Weil man jedesmal davon profitiert, wenn die Schweizer Asche auf ihr Haupt streuen und vor allem die ehrlichen Kunden von ihrem Finanzplatz vertreiben; denn man weiss sehr genau, dass es in den USA und anderswo ebenso viele ähnliche Affären gibt, weil diese in einem effizienten Bankensystem nie ganz zu verhindern sind. Nur benützt man sie dort nicht dafür, die Banken schlechtzumachen, weil die wirtschaftsfeindlichen Kräfte noch nicht überhandgenommen haben.

Arroganz

In der gleichen Schweiz sprechen sich bereits über dreissig Prozent der Bevölkerung dafür aus, die international als Modell angesehene Milizarmee, welche nachweislich nur für die Verteidigung ausgerüstet ist, abzuschaffen, jene Armee, die mit dafür verantwortlich war, dass die Schweiz von beiden Weltkriegen verschont blieb. Denn das Sagen haben in diesem ehemaligen Musterland heute radikale Gruppen, welche zum Beispiel auch Verkehrsbehinderungsmassnahmen in den grossen Städten und Handelszentren problem-

los durchsetzen und die für die Wirtschaft notwendige Mobilität der Bürger mit Zwangsmassnahmen behindern können. Sie bringen es fertig, die ebenfalls international als beispielhaft bewertete Nutzung der Wasserkraft gleichzeitig mit dem Bau von Atomkraftwerken zu hintertreiben und das Land sowohl bezüglich der benötigten Energie als auch bezüglich der Entsorgung von Atom- und Chemieabfällen vollständig von den Nachbarstaaten abhängig zu machen.

Es genügt nicht, dass man der Schweiz oft schon den Vorwurf machte, sie habe auf Kosten der anderen Länder durch ihr Abseitsstehen im Zweiten Weltkrieg profitiert. Inzwischen muss sie sich auch noch den Vorwurf gefallen lassen, sie profitiere nur von den Risiken der anderen, indem sie sowohl die Energieproduktion als auch die Entsorgung abschiebe.

Es ist skandalös, wenn heute im Zusammenhang mit diesem Land berichtet wird, auf Betreiben von «Umweltschützern» werde der Bau einer Sondermüllverbrennungsanlage durch eine seiner grössten, ebenfalls weltberühmten Chemiefirmen verzögert und die Abfälle müssten deshalb weiterhin exportiert werden. Mit einer unglaublichen Arroganz postuliert im übrigen die schweizerische Regierung einen Auftrag, «Beispiel» zu sein und allen anderen Ländern zu zeigen, wie man Umweltschutz «richtig» betreibt. Aus diesem Grund behindert sie durch restriktive Vorschriften für Lastwagen und einen Strassenzoll den Verkehr durch die Alpen. Sie will aus «Umweltschutzgründen» den Schwer- und Transitgüterverkehr auf die Schweizerischen Bundesbahnen zwingen. Nur wird die dazu nötige Infrastruktur dieser Bahn für den Güterdurchgangsverkehr der anderen europäischen Länder frühestens in zwanzig Jahren zur Verfügung stehen und aller Wahrscheinlichkeit nach die Finanzkraft des kleinen Landes übersteigen; ganz abgesehen davon, dass durch die Behinderung der eigenen Stromproduktion die notwendige Energie für dieses elektrisch betriebene Bahnnetz die Einfuhr horrender Mengen ausländischen



Alfred Dubach

Geburtsdatum:

5. Oktober 1947

Schulen: Progymnasium Thun, Lehrerseminar Bern, Handelsschule, Swiss Banking School

Abschlüsse: Lehrpatent für Oberstufe Primarschulen (1968), Handelsdiplom (1975), Diplom der Swiss Banking School (1990)

Berufliche Tätigkeiten:

15 Jahre pharmazeutisch-kosmetische Industrie, davon acht Jahre Mitglied der Geschäftsleitung eines mittelgrossen CH-Unternehmens mit Tochtergesellschaften und Lizenznehmern in sieben Ländern (Europa, USA, SA), die letzten drei Jahre verantwortlicher Geschäftsführer des Tochterunternehmens in Deutschland.

1986 Eintritt in die Schweizerische Bankgesellschaft, seit 1. 1. 1991 Mitglied der Direktion (Vize-Direktor).

Stromes notwendig werden wird.

Rückstand

Auf dem industriellen Sektor ist die Schweiz, deren Produktionsgüter einst weltweit den Qualitäts- und Innovationsmassstab setzten, zum Nettoeinkäufer von High-Tech-Produkten geworden, in Sachen Mikrochips kann sie nicht mehr mitreden, die Entwicklung ist an ihr vorbeigelaufen. Forschung und Entwicklung in der Gentechnologie werden durch die immer gleichen extremen Kreise erfolgreich verhindert, die grossen Chemiefirmen, welche den Wohlstand des Landes mit begründeten.

Fortsetzung auf Seite 16



Nachdenken über die Freiheit

Fortsetzung von Seite 8

die Mehrfachnutzung der Verkehrsflächen und unter Terrain liegender Bauten und Anlagen.

Fazit

Preisgünstiges Wohnen ist nach wie vor möglich, und dies ohne Inkaufnahme von Wohnwertverlust. Am Willen und Können der Bauwirtschaft fehlt es grundsätzlich nicht, höchstens an falsch formulierten und falsch verstandenen Bedürfnissen der Bewohner.

Flexiblere Vorschriften, Kostenbewusstsein aller am Wohnungsmarkt Beteiligten und die Bereitschaft der öffentlichen Hand zur Unterstützung günstiger Lösungen sind Schritte in die richtige Richtung. Für eine gerechtfertigte Nachfrage kann ein genügendes Angebot an Bauland im bereits überbauten und noch überbaubaren Siedlungsgebiet zur Verfügung gestellt werden. Oberstes Gebot ist und bleibt aber der haushälterische Umgang mit dem kostbaren Gut Boden. □

Veranstaltung

Gegen die Wohnungsnot: Vorschriften abbauen – Wohnungen aufbauen

a. o. Delegiertenversammlung am 24. August 1991 in Solothurn, Restaurant Landhaus, 9.30 Uhr

Provisorisches Programm

- Eröffnung durch den Parteipräsidenten, Nationalrat Franz Steinegger
- Das Wohnungsproblem aus der Sicht des Bundesrates, dargelegt durch Jean-Pascal Delamuraz
- Referate zu den Bereichen Wohnungswesen/Raumplanung
- Leistungsausweis der FDP, dargelegt durch Nationalrat Dr. Urs Scheidegger, Solothurn
- Plenumsdiskussion anhand von Fallbeispielen
- Freisinniges Aktionsprogramm; Diskussion im Plenum und Verabschiedung
- Gründung der liberalen Baugenossenschaft Solothurn

Anmeldetalon für a. o. DV in Solothurn

Name _____
 Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____
 Unterschrift _____

Talon bitte einsenden an:
 FDP-Generalsekretariat,
 Postfach 6136, 3001 Bern,
 Tel. (031) 22 34 38.

Wie wichtig sind die Banken für unsere Wirtschaft?

Hans-Jürg Gallusser, Direktionspräsident der Basler Kantonalbank, antwortet auf aktuelle Fragen.



Die Schweizer Banken spielen offensichtlich eine wichtige Rolle in der Wirtschaft.

Was ist ihre Aufgabe? Die Banken haben eine Schlüsselfunktion

als Drehscheibe zwischen denen, die Geld sparen und denen, die Geld benötigen.

Wie geht das konkret vor sich? Die Banken beschaffen sich das

Geld, indem sie den Sparern und Anlegern Zinsen bezahlen. Zu den Anlegern gehören übrigens Privatpersonen genauso wie Unternehmen, Versicherungen und Pensionskassen. Ende 1990 lagen bei den Schweizer Banken über 450 Milliarden solcher Gelder.

Und was machen die Banken damit? Sie stellen es denen zur Verfügung, die es benötigen. Beispielsweise den privaten Kreditnehmern für Hypotheken, den Unternehmen in

«Banken versorgen die Wirtschaft mit Kapital.»

Gewerbe, Handel und Industrie für Investitionen in ihre künftige Wettbewerbsfähigkeit, den Gemeinden, Kantonen und dem Bund für Projekte und öffentliche Bauten. Ende 1990 betragen die ausstehenden Kredite über 500 Milliarden Franken, davon rund die Hälfte in Form von Hypotheken.

Warum sind die Banken manchmal so zurückhaltend mit Krediten, sie verdienen doch gut daran?

Wir sind den Sparern einen sorgfältigen Umgang mit dem uns anvertrauten Geld schuldig. Wir legen dieses

Geld so sicher wie möglich an und sorgen dafür, dass es Zinsen trägt. Die Anleger verlassen sich ja darauf, dass sie ihr Geld wieder zurückbekommen.

Also gehen die Banken keine Risiken ein?

Doch, denn mit jedem Kredit sind gewisse Risiken verbunden. Manchmal müssen die Banken aber im gesamtwirtschaftlichen Interesse auch erhöhte Risiken eingehen. Das kann bedeuten, dass sie einem in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen Hilfe leisten, um Arbeitsplätze zu erhalten. An solchen

Aktionen können die Banken nur mitwirken, solange sie selbst gesund und finanzstark sind.

Was hat der einzelne Bürger von finanzstarken Schweizer Banken?

Wir alle profitieren von einer florierenden Wirtschaft. Deshalb ist es

«Banken produzieren fast 9% des Volkseinkommens.»

wichtig, dass sich die Schweizer Unternehmen weiterhin im internationalen Wettbewerb gut behaupten

können. Die Banken leisten einen wichtigen Beitrag zur Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und erarbeiten mit ihren rund 120 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fast 9 Prozent des schweizerischen Volkseinkommens.

DIE SCHWEIZER BANKEN. IM INTERESSE VON UNS ALLEN.

Eine Information der Schweizerischen Bankiervereinigung.

Gedanken zum Parteitag 1991

Im Zentrum dieses politisch bedeutsamen Anlasses standen die Beratung und die Verabschiedung des nationalen FDP-Parteiprogrammes für die nächsten vier Jahre, an «dem schon seit Monaten auf allen Ebenen gearbeitet» wurde. Davon habe ich nun allerdings nichts gespürt! Auch wenn ich mit den Resultaten, wie ich sie der Tagespresse entnehmen konnte, durchaus gut leben kann, empfinde ich ein Unbehagen über die Vorgehensweise. Als langjähriges FDP-Mitglied fühle ich mich von der Vorinformation und der Äusserungsmöglichkeit zum einen oder anderen der 26 behandelten Sachbereiche ausgeschlossen. Ähnliches Missbehagen haben einige Mitglieder der Zürcher Stadtpartei schon vor Jahren festgestellt, als sie in einem Bericht zur Verbesserung der parteiinternen Öffentlichkeitsarbeit festhielten:

«Unsere Partei präsentiert sich als Kaderpartei. Praktisch alle politischen Entscheidungen werden von einer kleinen Gruppe (im Verhältnis zur Gesamtmitgliederzahl gesehen) von «Machern» getroffen. Dieser Führungsstil hat sich in der Vergangenheit vielfach bewährt. Damit ist jedoch nicht bewiesen, dass diese Praxis die einzig richtige ist. Mit ihr laufen wir Gefahr, die Bereitschaft zur Mitarbeit der übrigen Parteimitglieder zu vergessen.»

Peter Marti,
Gemeinderat, Zürich

Auszug aus dem Antwortschreiben

Wir freuen uns einerseits über Ihre Bemerkungen, zeugen sie doch von einem wachen Interesse am Parteigeschehen und an der Öffentlichkeitsarbeit. Andererseits sind wir auch ein wenig erstaunt. Erstaunt vorab deshalb, weil wir den Ablauf der ganzen Programmtätigkeit innerhalb der FDP Schweiz – im Gegensatz zu gewissen anderen Parteien – jeweils so gestalten, dass ausgesprochen viele Mitsprachemöglichkeiten bestehen.

In einer «ersten Runde» sind die zuständigen Ausschüsse und Arbeitsgruppen aufgerufen, einen Beitrag zum Parteiprogramm zu erarbeiten. Die Ausschüsse und Arbeitsgruppen sind so zusammengesetzt, dass Mitglieder aus der ganzen Schweiz darin Einsitz nehmen können. (Die Ausschüsse werden auf Antrag der Kantonalparteien vom Delegiertenrat gewählt, die Arbeitsgruppen von der Geschäftsleitung.)

Nach dieser Phase folgt die «zweite Runde»: die Tätigkeit der Programmkommission, welche die Beiträge sichtet, gewichtet, vereinheitlicht, aber auch politische Akzente setzt.

In einer dritten Runde geht der Programmwurf an alle Delegierten, Ersatzdelegierten, Kantonalparteien, nahestehenden Organisation, Ausschuss- und Arbeitsgruppenpräsidenten. Zuhanden der Delegierten können sich nun alle Beschlüsse innerhalb angemessener Frist zum Entwurf äussern. Dies führte denn dieses Jahr auch zu einem «Buch» von über sechzig Seiten Anträgen, welche den Delegierten am Programmparteitag ausgehändigt wurden. Jeder Delegierte kann dann auf von der Programmkommission nicht übernommene Anträge zurückkommen, diese zur Abstimmung bringen lassen oder neue Anträge unterbreiten.

Der Weg ist kompliziert, langwierig – und in einem fast nicht mehr zu bewältigenden Mass demokratisch, wie wir meinen.

Die Redaktion

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Das ist denn auch Ihre Seite.

Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben. Beiträge im «Freisinn» werden gele-

sen, in der Verwaltung, von Politikern. Die Auflage beträgt immerhin stolze 80 000! – Noch etwas. Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. □

Wehret den Ökobonus-Anfängen

In Freiburg fand ein Parteitag der FDP statt. Ich glaubte, meinen Ohren und Augen nicht zu trauen, als ich vernahm, dass die FDP neuerdings mit «Lenkungsabgaben» in die Wirtschaft eingreifen will, um damit Umweltschutz zu betreiben. Sind wir tatsächlich soweit, dass extremes rot/grünes Gedankengut in unser Parteiprogramm aufgenommen werden soll?

Noch fühle ich mich der Parole: «Weniger Staat, mehr Selbstverantwortung» verpflichtet, aber was da beschlossen wurde, wird einen Staatsapparat und Amtsschimmelbürokratismus, verbunden mit einer Gesetzesflut, in Bewegung setzen. Kostensteigerungen entstehen in einem Ausmass, das die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und des Gewerbes in Frage stellen wird, und der immer mehr allgegenwärtige Staat kassiert fröhlich mit.

Kürzlich habe ich in einem «Trumpf Buur»-Inserat folgendes gelesen: «Rund um uns herum geschieht Weltgeschichte, und wir Schweizer zelebrieren Nebensächlichkeiten. Wer darüber nachdenkt, was wir mit unserer Nabelschau alles verpassen, verliert beinahe den Glauben an eine positive Zukunftsbewältigung.» Dem kann ich nur zustimmen.

Was in Sachen Umweltschutz in letzter Zeit mit unserer «Nabelschau» alles gefordert wird, grenzt langsam an Verhältnisblödsinn. Unser kleines Land samt Bevölkerung stellt in bezug auf die Weltumweltverschmutzung einen Bruchteil eines Prozentes dar, aber in Sachen Umweltgesetz-

gebung fühlen sich gewisse Politiker am «Nabel» der Welt.

Die sogenannte CO₂-Abgabe, besser Strafsteuer genannt, der wohl bald die SO₂-, CO-, HC-, NO_x-Steuer folgen wird, der behördliche Unsinn vom Radumdrehungszähler, dem bald einmal der Fussgänger-Schrittzähler folgen wird, soll uns eine Luftqualität beschern, wie sie angeblich in den fünfziger und sechziger Jahren gewesen sei. Berechnungen vom Buwal, deren verwendete Parameter nicht bekannt sind und somit auch nicht überprüft werden können, wirken wenig glaubwürdig.

Die hier geplanten, fragwürdigen Massnahmen, die nun von der FDP unterstützt werden sollen, schaffen eine Zweiklassengesellschaft: Diejenigen, die sich dank ihrer finanziellen Potenz alles leisten können, und die anderen, die sich vieles nicht mehr leisten können.

Wollen wir das wirklich? Noch mehr Steuern und noch mehr Staat? Meine Antwort dazu ist ein klares Nein, und ich kann nur hoffen, dass es nicht zu diesem ungeheuren geplanten Staatsinterventionismus kommt. Wehret den Ökobonus-Anfängen, die da geplant werden, die man nie mehr los wird, auch wenn sie überflüssig sind, denn was beim Staatsapparat einmal eingeführt ist, bleibt. Im übrigen würde man ehrlicher vom Ökomalus sprechen, denn der gepriesene Bonus wird über die folgende Teuerungswelle garantiert zum Malus.

Rolf Baumann
Hausen am Albis

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure



Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Stauseen: Strom und Schutz



Stausee in den Alpen: Stromspeicher, Hochwasserschutz und Erholungsgebiet.

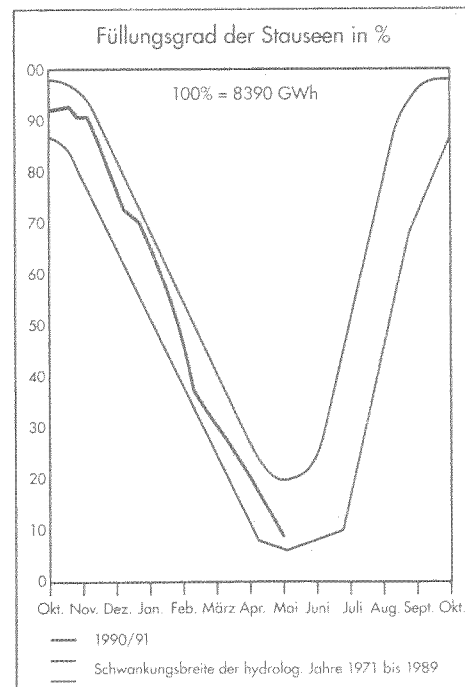
Wasser ist unser einziger einheimischer Rohstoff von Bedeutung. Die Nutzung des Wassers zur Stromproduktion hat viele nützliche Seiten: Hochwasserschutz ist eine davon.

Wenn es in Strömen regnet, dienen Stauseen nicht nur zur Stromproduktion. Plötzlich werden die imposanten Mauern zum Schutzschild für das Tal. Die Stauseen halten dieses Wasser zurück, um es später einmal für die Stromproduktion bereitzuhalten. Mit Strom aus Speicherkraft-

werken decken wir einen Drittel unseres Stromverbrauchs.

STROMSPEICHER FÜR DEN WINTER

Dank der Vorsorge unserer Väter und Grossväter können wir einen Teil des im Sommer reichlich anfallenden Schmelz- und Regenwassers für den nächsten Winter aufbewahren. In der kalten Jahreszeit verbrauchen wir mehr Strom. Gleichzeitig führen die Flüsse im Unterland weniger Wasser. Dann sind die Speicherseen unerlässliche Pfeiler unserer Stromversor-



Füllungsgrad der Stauseen 1990/91.

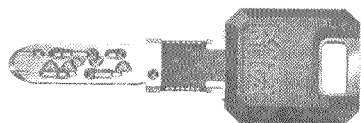
gung – und sie sind die einzige Möglichkeit, Strom zu speichern.

DÄMME SCHÜTZEN UNSERE TÄLER

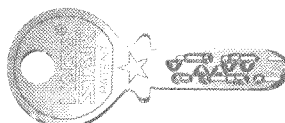
Besonders in den Bergen können Dauerregen zu schlimmen Überschwemmungen und Erdrutschen führen. Hätten wir in vielen Bergtälern nicht unsere Staumauern, müsste man sie heute als Schutzmauern für die Bevölkerung bauen.

EIN DISKUSSIONSBEITRAG IHRER SCHWEIZERISCHEN ELEKTRIZITÄTSWERKE.

Verlieren heisst nicht verloren.



KABA NOVA: Bei Schlüsselverlust kann der Code selber umprogrammiert werden.



KABA STAR-Vario: Bei Schlüsselverlust kann der Code des mechanischen Schliesszylinders umgestellt werden.

Ihr Partner für erfolgreiche Schlüsselerlebnisse:

Bauer Kaba AG, 8620 Wetzikon, Telefon 01/931 6111, Fax 01/931 63 85

KABA®

LFSA

Der Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) kritisierte an seiner diesjährigen Delegiertenversammlung die zunehmende Tendenz, Gesamtarbeitsverträge nicht mehr zu erneuern oder materielle Bestimmungen herauszulösen. Dies leistet der Deregulierung Vorschub und gefährdet den sozialen Frieden.

Die über 300 LFSA-Delegierten waren sich darin einig, dass gerade die Gesamtarbeitsverträge der Schweiz wichtige Standortvorteile sichern, beispielsweise den Arbeitsfrieden.

Die LFSA-Delegierten unterstützen ferner die Absicht des Bundesrates zur Bildung eines europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und rufen die Sozialpartner zum gemeinsamen Vorgehen auf, um darin die sozialen Mindestgarantien zu sichern. □

Vor dem Verkehrskollaps?

Der Patient beginnt blau anzulaufen. Röchelnd schnappt er nach Luft – Diagnose: Verkehrsinfarkt. EG 92 – führt der heissersehnte Zusammenschluss zum vielbefürchteten Zusammenbruch?

Raphael Weibel

Die Integration in Europa wird die Wirtschaftsräume mit ihren verschiedenartigen Strukturen und Potentialen einander näher bringen. Aufgebaut auf dem Prinzip der Optimierung von Leistung und Kosten, will ein massiv zunehmender Güterverkehr bewältigt werden. Neben den grenzüberschreitenden tritt vor allem der Transitverkehr.

Zu dieser produktionsseitig bedingten Mobilitätssteigerung kommt der weiter im Zunehmen begriffene Mobilitätswunsch des Einzelnen. Immer grössere Distanzen werden zurückgelegt.

Europafähige Verkehrspolitik

Die Schweiz wird dabei zum Drehkreuz. Ihr wichtigster Beitrag an das neue Europa liegt denn auch darin, die benötigten Transitachsen raschestmöglich bereitzustellen und zu betreiben. Wettbewerbsfähige Gebühren, Verlässlichkeit, Geschwindigkeit sowie Zu- und Ablauf an Kombiterminals sind gefordert!

Neat mit Huckepack heisst das neue Wunderkind. Die Höhe der Bausumme erscheint astronomisch, und an die Betriebskosten wagt niemand zu denken. Bis zur Vollendung vergehen Jahrzehnte. Praktikable Übergangslösungen verlangen nach Verständnis aller Betroffenen:

Vorzusehen ist beispielsweise ein 40-Tonnen-Transitkorridor bei gleichzeitiger Begrenzung der Gesamtmenge des jährlichen Stickoxidausstosses auf dieser Strecke. Ein freihandelbares «Schadstoff-Zertifikat» berechtigt den Inhaber zum Ausstoss einer bestimmten Menge Abgase und ermutigt ihn, möglichst «saubere» Lastwagen einzusetzen. Durch die Reduk-

tion der Anzahl Zertifikate im Gleichschritt zum Neat-Ausbau erfolgt ein «Umsteigen» auf den Huckepackverkehr.

Verbund der Verkehrsmittel

Jedes Mobilitätsbedürfnis soll dank einem Verbundsystem durch das jeweils optimale Verkehrsmittel abgedeckt werden. Die Optimierung richtet sich nach Faktoren wie Kosten, Zeitbedarf, Umweltbelastung und Komfort. Standardisierung der Technik und Umladeterminale, um von einem Verkehrsträger auf den anderen wechseln zu können, sind ebenso notwendige Voraussetzungen wie der Tarifverbund.

Ein neues Netz von Hochgeschwindigkeitsbahnen soll die Fahrzeiten zwischen grösseren Zentren halbieren. Die bestehenden Anlagen stehen dadurch vermehrt dem Güter- und Regionalverkehr zur Verfügung. In grossen Agglomerationen sind S-Bahnen anzulegen. Eisenbahnwaggons sollen in Zukunft Autos (Citymobil in Leichtbauweise) auf Lang- und Kurzstrecken transportieren können.

Die geplanten und in Ausführung begriffenen Nationalstrassenstücke sind raschestmöglich fertigzustellen. Das Strassennetz ist – wenn nötig – gezielt auszubauen: Umfahrungen von Siedlungen, Eliminierung chronischer und unfallträchtiger Engpässe, Erstellung von Radwegen und Schaffung von Fussgängerzonen.

Auf den Bau eines Rhein-Rhone-Kanals ist endgültig zu verzichten. Dafür ist der Rhein bis Basel schiffbar zu halten. Ein Umschlaghafen mit entsprechenden Einrichtungen sorgt für den Anschluss an die Verkehrsträger Strasse und Schiene.

Unsere Flughäfen sind massvoll auszubauen, um den Anschluss an das internationale Liniennetz sicherzustellen. Regionalverbindungen als Taxi- oder Liniendienst sind auf Flugplätzen, die durch den öffentlichen Verkehr gut erschlossen sind, zu fördern.

Finanzierung der Anlagen

Ein derartiger Ausbau aller Verkehrsträger verschlingt enorme Mittel. Marktwirtschaftliche Prinzipien wie Eigenfinanzierung und Kostendeckung sind mittelfristig unbedingt zu respektieren. Der Weg über besondere Steuern oder Abgaben ist vehement abzulehnen. Vorausleistungen an einen der Verkehrsträger im Sinne einer Vorfinanzierung sind möglich und wohl unumgänglich.

A-fonds-perdu-Beiträge sind demgegenüber nur im Ausnahmefall – so etwa bei der Sicherstellung einer angemessenen Grundversorgung, bei besonderen Leistungen oder bei höherwertigen Interessen (Umwelt) – auszurichten. Ein auch ausländischen Unternehmen zugängliches Submissionswesen sorgt für vermehrten Wettbewerb. Vereinbarte Pauschalpreise für den Bau von Anlagen verhindern die unliebsamen, regelmässig anfallenden Kostenüberschreitungen.

Umwelt

Das Ziel und zugleich die Krux aller Strategien für den Verkehr der Zukunft wird darin liegen, eine ausreichende Mobilität für alle sicherzustellen unter gleichzeitiger Substanzerhaltung unseres Lebensraumes: So viel Mobilität wie sinnvoll, so viel individueller Verkehr wie dauernd tragbar, so viel öffentlicher Verkehr wie nötig. Für die jeweilige Mobilität ist ein objektiver und gerechter Preis zu zahlen.

Durch das Umsteigen auf das optimale Verkehrsmittel wäre der Umwelt am besten

gedient. Dieses Umsteigen darf in einer liberalen Gesellschaft nicht dirigistisch und bürokratisch erfolgen. Die Einführung eines Ökobonus ist abzulehnen. Mit ihm wäre einzig das Verursacherprinzip aufgehoben, ja zum Teil sogar ins Gegenteil verkehrt.

Vielmehr ist folgendes zu bedenken:

- Steigerung der Attraktivität unserer Bahnen (Rollmaterial, Bahnhöfe, Grenzabfertigung, kombinierter Transport, geringerer Zeitbedarf)
- Zielgerichtete Normen und Kontrollen (Lärm, Abgase, Tempo)
- Erhebung leistungsabhängiger Verkehrsabgaben zur Abgeltung der Umweltbelastung (zweckgebunden, für übrige Verkehrsträger zu verwenden)
- Entwicklung eines umfassenden Informations- und Reservationssystems (Antworten auf Fragen wie: Welches ist der schnellste/billigste Weg, wo befindet sich mein Transportgut zur Zeit X, Leerfahrtenbörse usw.)
- Entwicklung neuer Technologien (Hybridmotor, Leichtbauweise, Wasserstoffproduktion, Solarkraft)
- Förderung der Selbstbeschränkung der Mobilität des Einzelnen mittels Eigennutz (Umdenken hin zu mehr Verantwortungsbewusstsein, Fähigkeit zum Setzen von Prioritäten usw.)

Fazit

Wir müssen uns heute gründlich überlegen, mit welchen Verkehrssystemen wir die Zukunft bewältigen wollen. Unsere Konsumgewohnheiten sind dabei ernsthaft zu überdenken.

Auf den Kollaps zu hoffen, damit sich alles von selbst erledige – wie dies grüne Fundamentalisten fordern – entspringt einäugiger und völlig kurzsichtiger Logik. Nur eine genügende wirtschaftliche Prosperität schafft die Basis zur Förderung innovativer Technologien im Dienste der Umwelt.

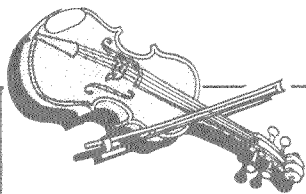
Mobilität ist für uns immer noch der Inbegriff für Unabhängigkeit und Freiheit. Tragen wir Sorge dazu, sonst verkommen wir zu Sklaven unserer selbst! □

Fortsetzung von Seite 11

verlagern die betroffenen Abteilungen ins Ausland.

Das Volk ist bequem und verwöhnt geworden, das ehemals berühmte Gastgewerbe zeichnet sich durch Arroganz, Höchstpreise und Unfreundlichkeit aus. Es werden in allen Wirtschaftssektoren die weltweit höchsten Löhne bezahlt, aber die Produktivität pro Kopf liegt gut einen Drittel unter derjenigen der Japaner.

Bezüglich der Musterdemokratie und der Rechtsstaatlichkeit



Festspiele Verona

Fahren Sie mit dem MartiCar zur grössten Opernbühne der Welt!

Nabucco + Turandot
15. - 18. Juli 1991 Fr. 590.-

Turandot + Rigoletto
22. - 25. Juli 1991 Fr. 590.-

Zusätzlich Eintrittskarten. Verlangen Sie das Detailprogramm.



Nabucco + Turandot
25. - 27. Juli 1991 Fr. 695.-
Einzelzimmerzuschlag Fr. 270.-
Sonderreise!

Patronat:
Hans Rudolf Leuenberger

Karten für die besten Plätze:
Poltronissime Fr. 430.-
(beide Opern)
Poltrone Fr. 350.-
(beide Opern)

Inbegriffen:
Reise im MartiCar, Kaffeehalt, 2 Mittagessen, 2 Übernachtungen in 4*-Hotel mit Frühstück, Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC, geführter Stadtrundgang + Eintritte zu Besichtigungen, Ausflug nach Sirmione am Gardasee, Reisedokumentation.

Anmeldungen bei:

Reisebüro
marti
Am besten fahren Sie mit uns

Bern	031 26 06 31
Bern-Loeb	031 21 10 18
Bern-Bümpfliz	031 55 80 44
Biel	032 23 41 11
Kallnach	032 820 111
Aarberg	032 82 52 82

sieht es nicht besser aus: die Polizei wird von gewissen Stadtregierungen daran gehindert, gegen gewalttätige politische Extremisten und Aktionsgruppen konsequent vorzugehen. «alternative Kultur- und Hilfszentren» werden zum rechtsfreien Raum erklärt, geschützt von Politikern, für welche demokratische Entscheidungen keinerlei Verbindlichkeit mehr haben. Die Kriminalität in den Städten nimmt in erschreckendem Masse zu. Entreisssdiebstähle auf offener Strasse, Raub und Überfälle sind an der Tagesordnung. Besetzungen von öffentlichen Grundstücken, deren Verwendungszweck durch Volksabstimmungen festgelegt wurde, werden von gewissen Parlamentariern mit Beifall und Unterstützung honoriert. Ordnungskräfte und Bürger stehen der Sache machtlos vis-à-vis und können dem Spuk kein Ende machen, weil sie nichts mehr dazu zu sagen haben. (...)

Sonderfall?

Ein Sonderfall? Einfach der Sonderfall Schweiz, der keinerlei Bedeutung hat, weil es sich um ein kleines Land ohne Einfluss auf die internationalen Ereignisse handelt? – Man kann es auch anders sehen: Weil dieses Land von zwei Weltkriegen verschont blieb, hatte es die Möglichkeit, seine wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung ohne Unterbruch voranzubringen. Weder unterlag es dem grauenhaften Aderlass von zwei Kriegen, noch hatte es viele Jahre für den Wiederaufbau zu opfern. Es hat damit in dieser Beziehung einen Vorsprung von zwei bis drei Jahrzehnten, das heisst, seine demokratische und marktwirtschaftliche Entwicklung ist um diesen Zeitraum «reifer».

Es könnte deshalb nützlich sein, gerade dieses Beispiel aufmerksam zu verfolgen. Denn trotz allen Unterschieden von Land zu Land könnten andere Demokratien im Verlaufe ihrer weiteren Entwicklung den gleichen oder einen ähnlichen Weg nehmen, vielleicht sogar in verstärkter Form, weil sie schon bisher gezwungen waren, alle Entwicklungen noch schneller voranzutreiben als der «Sonderfall Schweiz». □

FDP-Publikationen

Ich bestelle:

- Ex. Dazu stehen wir. Zielsetzungen und Postulate 1991–1995 (gratis, ca. 90 Seiten).
- Ex. Jahresbericht 90/91. Die Arbeit der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung (gratis, 162 Seiten, dt./frz.).
- Ex. Politische Rundschau Nr. 1 und 2, 1990. Gentechnologie als Herausforderung: Stellungnahme der FDP zu Chancen und Risiken der Gentechnologie (à Fr. 5.– 34 Seiten).
- Ex. Politische Rundschau Nr. 3 und 4, 1990. Grundsätze der FDP zur Wirtschaftspolitik der 90er Jahre (à 5.– 42 Seiten, dt./frz.).

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Belohnung

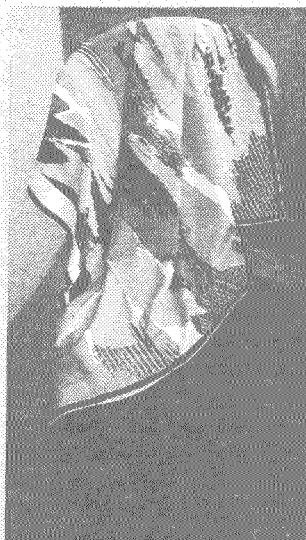
Sfr 10 000.-

Sind Sie FDP-Mitglied? Mit einer Führungsfunktion im Berufsleben? Dann sind bei Ihnen Sinn für Verantwortung und Eigenleistung ganz speziell ausgeprägt. Dann haben wir hier etwas für Sie, das Ihr Denken, Verhalten und vor allem Ihre Leistungen revolutionieren könnte. Selbst leistungsorientierte Kaderkräfte wie Sie gehen von der falschen Annahme aus, dass die Ratio, der Verstand, das Wichtigste im Leben sei. Die Japaner demonstrieren uns aber mit ihren phänomenalen Durchbrüchen auf ständig neuen Gebieten, dass andere Fähigkeiten viel entscheidender sind. Nämlich Intuition, Inspiration, Kreativität, Innovation und Teamwork. Schulen und Seminare haben diese exklusive Materie bisher nur gestreift. Mit wenig Tiefgang. AMADEO ermöglicht Ihnen nun erstmals, sich in Rekordzeit aussergewöhnlich zu profilieren. Bisherige Teilnehmer, selbst mit UNI-, ETH-, HSG- oder HTL-level, kamen zum Staunen nicht mehr heraus. Sie mussten im AMADEO-Netzwerk eine bahnbrechende Innovation erkennen. In der Tat. Es geht hier um das Fundierteste, das Sie auf diesem Gebiet heute finden können. Fr 10 000 Belohnung für den, der uns das Gegenteil beweisen kann. (Basis Amadeo-Kriterienkatalog)

□ 2-Tages-Seminar / ZUERICH / Fr 2000 / 0900 – 1900h
Alternativen: Nr 7 am 5/6 Sept, Nr 8 am 7/8 Nov

□ Unverbindliche Info-Abende/Voranmeldung erwünscht
ZUERICH, Hotel Gotthard: 25.6. / 10.7. / 22.8. /
BERN, Hotel Schweizerhof: 20.6. / 3.7. / 26.8. /

AMADEO, Professional Human Resources Development,
Hohlstr 192, 8004 ZH-Lochergut, 01/242 88 42, 031/26 24 34



Elegantes Accessoire

Weiss, blau, rot – in ihren Farben hat die FDP ein neues Foulard kreiert. Aus reiner Seide, versteht sich. Als elegantes Accessoire setzt es Ihrem Mantel, Ihrer Bluse den modischen Farbtupfer auf. Bestellen Sie es, solange der Vorrat noch reicht!

Kostenpunkt: Fr. 50.–

Ja, ich bestelle _____ Exemplar(e) des Foulards aus reiner Seide à Fr. 50.–

Name _____

Vorname _____

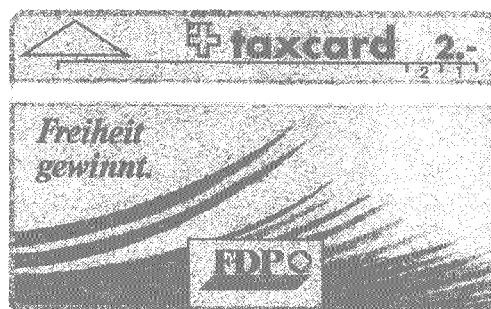
Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat,
Postfach 6136, 3001 Bern

Taxcard «Freiheit gewinnt»



Auf der Rückseite mit den Telefonnummern der Kantonalsekretariate.

Taxwert Fr. 2.–, Vorderseite 4farbig, Rückseite 3farbig. Bestellen Sie die Taxcards beim Generalsekretariat.

Preis Fr. 4.–/Stück

Ja, ich bestelle ... Stück Taxcard Fr. 4.–

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat,
Postfach 6136, 3001 Bern.

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion:
Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:
Neue Zürcher Zeitung, Fremdsprachen «Freisinn FDP», Postfach, 8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11.

ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck:
Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

FDP-Krawatte «new look»

Weiss, Rot, Blau – in ihren Farben hat die FDP eine neue Krawatte aus Seide kreiert. Bestellen Sie, solange der Vorrat reicht. Kostenpunkt: Fr. 40.–

Ja, ich bestelle ... Exemplar(e) der neuen FDP-Krawatte à Fr. 40.–

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat,
Postfach 6136, 3001 Bern



Kleber «Freiheit gewinnt»

4farbig, 60x84 mm
Preis Fr. 50.–/500 Stück

Wir wünschen Zustellung von ... Stück Kleber

Vorname/Name _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Unterschrift _____

FDP
Freiheit gewinnt.

**FDP
INFO
LINE
155 28 00**

Eine neue Dienstleistung der FDP: Informationen für interessierte Bürgerinnen und Bürger aus erster Hand.



Parteipräsident Franz Steinegger nimmt Stellung zur Asylpolitik.

Und wenn Sie anrufen, können Sie zusätzlich unsere Informationsbroschüre zum Thema bestellen.

Übrigens, der Anruf ist für Sie kostenlos.

155 28 00

FDP
Freisinnig-Demokratische Partei

Kennen Sie sie?

Kennen Sie die FDP-info-line? Haben Sie die Nummer 155 28 00 bereits angerufen? Die neue Dienstleistung der FDP wurde am 30. Mai 1991 mit Inseraten in allen grösseren Zeitungen lanciert. Was glauben Sie: Wieviel Anrufe kamen in der deutschen Schweiz bis Mitte Juni? 582? 2570? 10 034? – Wie viele Anrufer gaben ihre Adresse an und verlangten damit weitere Unterlagen? 156? 398? 1627?

Wenn Sie die FDP-info-line noch nicht kennen, dann rufen Sie doch bitte an. Schreiben Sie uns, was Sie von dieser Idee halten, welche die FDP als erste Partei in der Schweiz umgesetzt hat. Nun zu den Antworten: Die Wahrheit liegt in der Mitte. Vom 30. Mai bis zum 16. Juni 1991 riefen 2570 Interessierte an. 398 benutzten die Möglichkeit, ihre Adresse anzugeben, und erhielten anschliessend eine Broschüre über die Standpunkte der FDP zur Asylpolitik.

Antwort

Mutzli

«Durch Ihren Weggang waren Sie für Ihr Amt bestens vorbereitet», attestierte mit einem Freudschen Versprecher Nationalratspräsident Ulrich Bremi (FDP, ZH) dem scheidenden Bundeskanzler Walter Buser seinen eindrücklichen Werdegang über verschiedene journalistische, beamtenmässige und wissenschaftliche Stufen.

Als in der Ersatzwahl für den Bundeskanzler der SVP-Aussenseiter Fritz Mühlemann immer mehr Stimmen machte und schliesslich von Sigi Widmer (LdU, ZH) offiziell vorgeschlagen wurde, meinte Ratspräsident Bremi mit Blick auf seinen Fraktionskollegen Ernst Mühlemann (FDP, TG) nach dem Widmerschen Votum: «Jetzt ist auch klargelegt, welcher Mühlemann da gemeint ist.»

Während der Nationalratsverhandlungen konnte Ratspräsident Bremi zehn Geschwister begrüssen, die in diesem Jahr zusammen 700 Jahre alt werden. Meinte Bremi launig: «Sie haben den Vorteil, in zehn Jahren bereits 800 Jahre alt zu sein.»

Der violette Protestknopf zum Frauenstreik, auf welchem dem Betrachter aus einem schmalen Streifen ein stechendes Augenpaar entgegenblickt, rief zu unterschiedlichen Kommentaren: So fragte sich beispielsweise der Aargauer Freisinnige Ueli Fischer, ob neuerdings wohl Frauen mit dem muslimischen Schador das Idol schweizerischer Frauenrechtlerinnen seien.

Couchepin versus Couchepin: In der Woche vor der Wahl des Bundeskanzlers lud der Stand Bern zur Präsidentenfeier für den neuen Ständeratspräsidenten Arthur Hänsenberger (FDP) nach Thun. Am Ehrentisch fand der erstaunte FDP-Fraktionschef und Nationalrat Pascal Couchepin die Tischkante: «François Couchepin, Nationalrat.» Nun gibt es diesen François, eben den Bundeskanzlerkandidaten, in der SVP-Hochburg Bern primär als Konkurrent des Berner Kandidaten bekannt.

«Mach, was wotsch; dert, wot bisch; mit däm, wot häsch!» Diese Lebensweisheit aus der Zitatensammlung von Ständeratspräsident Arthur Hänsenberger (FDP, BE) machte der Berner Regierungspräsident René Bärtschi (SP) zur Leitschnur für seine Gratulationsrede für den Ständeratspräsidenten.

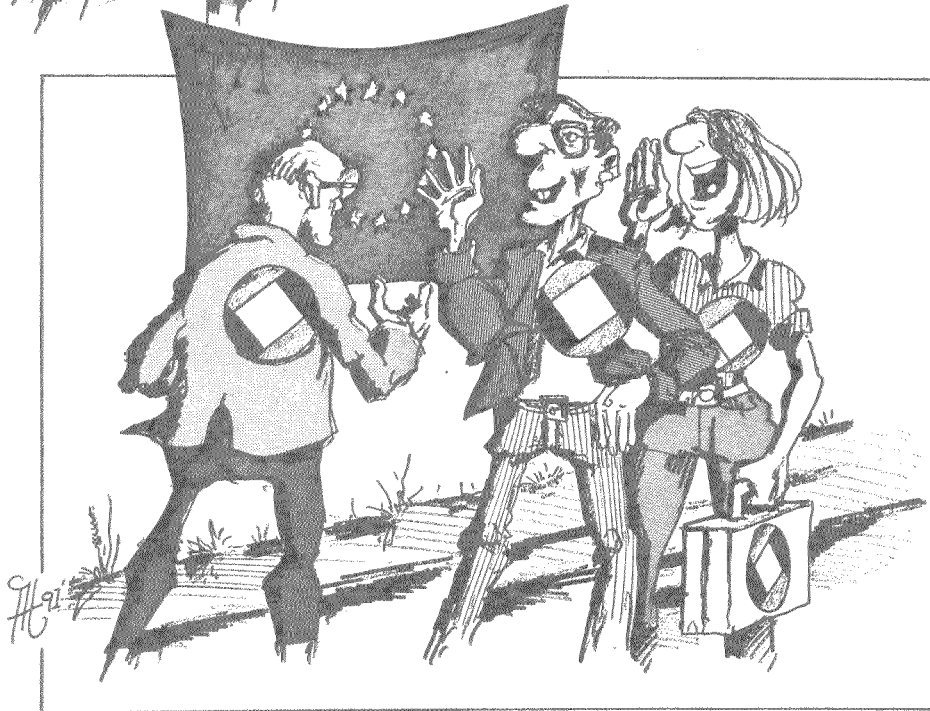
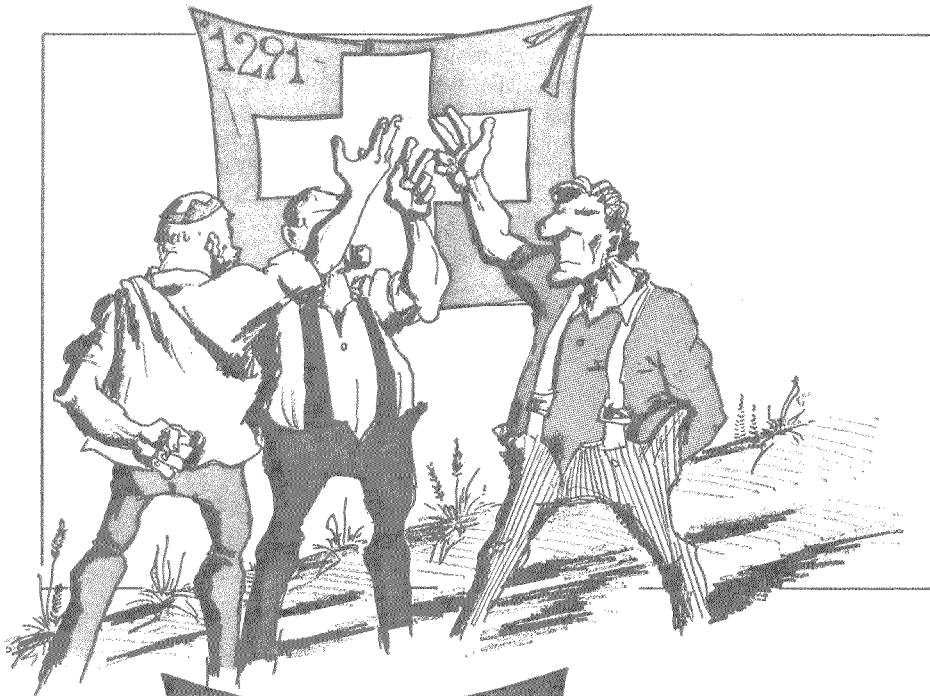
Seinen Aufruf zum Freude-machen unterstrich Ständeratspräsident Arthur Hänsenberger mit dem Eingeständnis: «Ich kaufe jeweils mindestens zwei Blumensträusse, damit ich daheim dann noch einen habe für meine Frau.»

Ständerat René Rhinow trug Bundesrat Adolf Ogi eine knifflige Rechtsfrage vor. Bundesrat Ogi meinte, er könne die juristische Frage von Rechtsprofessor Rhinow nicht beantworten, aber er werde die Antwort nachreichen. Ständeratspräsident Arthur Hänsenberger kam ihm zu Hilfe und sagte verschmitzt: «Ich glaube, Herr Rhinow hat sich selber gefragt...» Alle lachten im Saal. «Damit entfällt die Antwort.»

«Die Bescheidenheit und Untertanenmentalität von uns Ostschweizern, diesen Ostfriesen der Eidgenossenschaft, wird schamlos ausgenützt», meinte Titus Giger (FDP/SG), der letzte Mohikaner aus dem Splügen-Komitee, in der Alpentransitdebatte.

Dass Sicherheitspolitik gefährlich werden kann, erlebte Nationalrat Ernst Mühlemann (FDP, TG), als er als deutschsprachiger Referent zu diesem Geschäft auf dem Referentensessel Platz nahm: Der Stuhl brach. Das politische Schwergewicht tat seine Wirkung.

«Darf ich bitten, dass jemand beim Kommissionspräsidenten Tagwacht macht», meinte Nationalratspräsident Ulrich Bremi (FDP/ZH) am Morgen nach der langen Nachtsitzung über die Entschädigungen, als er bei Sitzungsbeginn Hans-Rudolf Feigenwinter (CVP/BL) als Präsident des ersten Geschäftes, Plangenehmigungsverfahren, vermisste.



DIE ZEITEN ÄNDERN SICH - DIE VERANTWORTUNG BLEIBT

Karikatur Andreas Töns

Wahlen im Kanton Graubünden

«Verlierer der Kreiswahlen» – «Katzenjammer» – «Mandatsverluste bei der FDP» – das waren einige Schlagzeilen nach den Wahlen im Kanton Graubünden. Wie schlecht haben wir in Wirklichkeit abgeschnitten?

Peter Wettstein

Es kann und darf nicht übersehen werden, dass die FDP des Kantons Graubünden mit dem Verlust von drei Grossratsmandaten an Einfluss verloren hat und dass mit einer Zahl von 24 Grossratsmandaten unsere Ziele für die Kreiswahlen nicht erreicht wurden. Immerhin gibt es Gründe für dieses Resultat:

Nicht weniger als 9 der 27 Grossräte hatten ihren Rücktritt eingereicht und mussten ersetzt werden. Dies stellte eine beachtliche Belastungsprobe dar.

Das eine oder andere Mandat ging verloren, weil wir die Auswirkungen von zurückliegenden Ereignissen zu tragen hatten oder weil das Mandat turnusgemäss an die SVP übergang. In einem anderen Kreis fehlte das notwendige Quentchen Glück, um wenige Dutzend zusätzliche Stimmen zu erhalten. Auch die besonderen Gesetzmässigkeiten der Landsgemeinden spielten hinein.

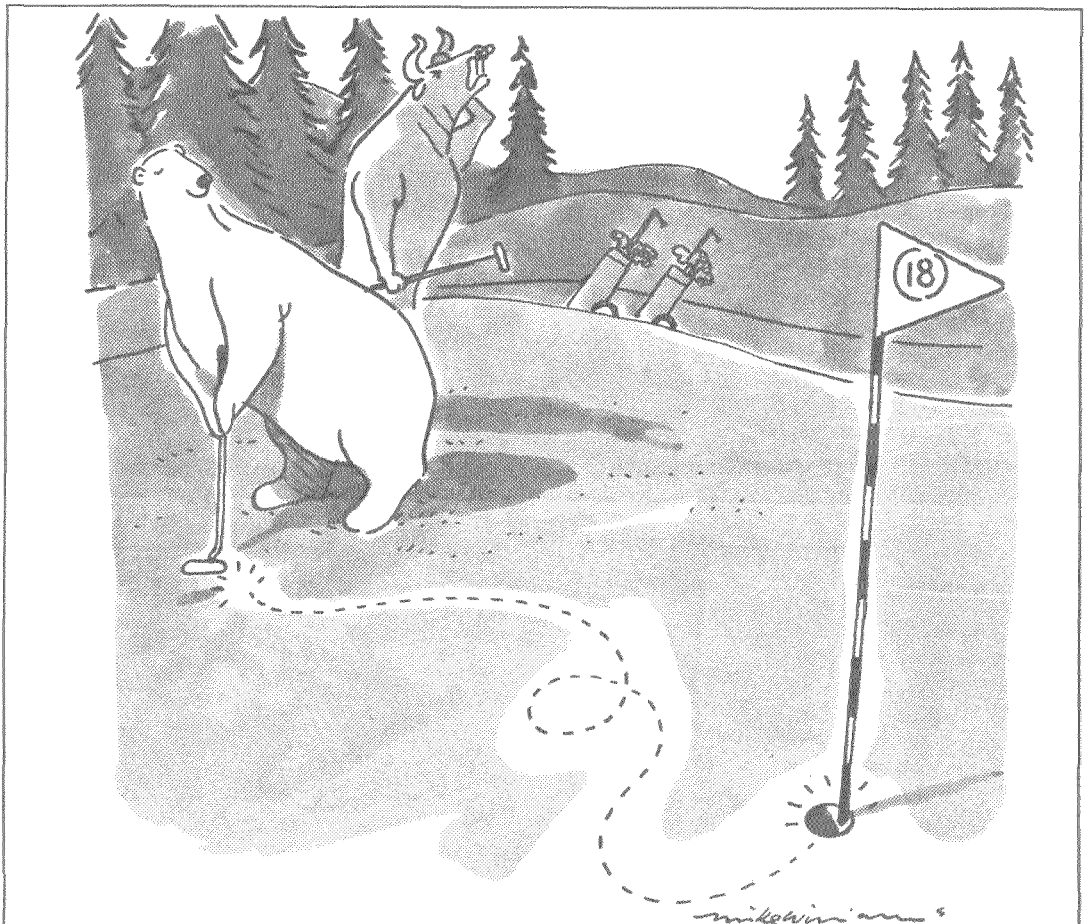
Im weiteren darf mit einer gewissen Genugtuung festgestellt werden, dass in allen anderen Bereichen der Kreiswahlen gute Resultate erzielt wurden: Es gelang, die Zahl der Grossrats-Stellvertretermandate zu halten, obwohl auch hier nicht weniger als 11 der 29 Mandatsinhaber ihren Rücktritt erklärt hatten. Durchwegs wurden zudem bessere Placierungen erreicht; in den meisten Fällen besetzte die FDP die ersten oder zweiten Plätze. Im weiteren konnten die Kreispräsidentenmandate gehalten und bei den übrigen

Mandaten (Richter, Vermittler usw.) sogar leichte Gewinne erzielt werden. Wichtig ist auch, dass die FDP überall dort, wo die Stimmen ausgezählt wurden, bessere Resultate erzielt hat als vor zwei Jahren.

Gesamthaft hat die FDP somit besser abgeschnitten, als es rein oberflächlich erscheinen mag. Dies ist der Dank

und die Anerkennung für die seriöse und gute Wahlkampfarbeit, welche in vielen Kreisen geleistet wurde. Andererseits darf aber auch nicht übersehen werden, dass in einigen Kreisen zu wenig für ein wirklich gutes Resultat getan wurde. Wenn sich eine Partei 1½ Jahre lang nicht bemerkbar macht, wird sie bei den nächsten Wahlen kaum gute Resultate

erzielen; wenn eine andere Partei zwei Monate vor den Wahlen noch nicht weiss, welche Kandidaten sie portieren wird, kann sie kaum mehr gute Vorbereitungen treffen. Unser Ziel muss es sein, unser Stimmenpotential künftig besser auszunützen und in drei Jahren auch die Zahl unserer Grossratsmandate wieder zu steigern. □



**Zielen allein reicht nicht.
Man muss auch treffen.**

Aussichtsreiche konservative, aber dennoch innovative
Konzepte sind Basis für substanzerhaltende oder gewinnorientierte
Anlagestrategien.

JB^{co}B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11
Genf · Frankfurt · München · London · New York · San Francisco
Los Angeles · Mexico City · Hongkong · Tokio